



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 21.1.2003
KOM(2003) 15 endgültig

BERICHT DER KOMMISSION

**Bericht der Kommission an die Haushaltsbehörde über die Garantien aus dem
Gesamthaushaltsplan - Stand: 31. Dezember 2001**

INHALTSVERZEICHNIS

BERICHT DER KOMMISSION Bericht der Kommission an die Haushaltsbehörde über die Garantien aus dem Gesamthaushaltsplan - Stand: 31. Dezember 2001	1
--	---

Teil I: Seit Vorlage des letzten Berichts (Stand: 30.6.2001) eingetretene Ereignisse, Entwicklung der Risikosituation und effektive Inanspruchnahme der Haushaltsgarantie.....	5
---	---

1. Einleitung: Art der Transaktionen.....	5
1.1. Transaktionen mit makroökonomischer Zielsetzung.....	5
1.2. Transaktionen mit mikroökonomischer Zielsetzung.....	5
2. Seit Vorlage des letzten Berichts (Stand: 30.6.2001) eingetretene Ereignisse	5
2.1. Bundesrepublik Jugoslawien.....	5
2.2. Garantie der Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank für Vorhaben in der Bundesrepublik Jugoslawien	5
2.3. Garantie der Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank für Vorhaben im russischen Ostseebecken	6
3. Risikosituation	6
3.1. Ausstehender Gesamtkapitalbetrag zum Berichtszeitpunkt.....	7
3.2. Jährliche maximale Risiken für den Gemeinschaftshaushalt aus den bis zum Berichtszeitpunkt ausgezahlten Darlehen	8
3.3. Theoretisches jährliches Maximalrisiko für den Gemeinschaftshaushalt.....	8
4. Effektive Inanspruchnahme der Haushaltsgarantie.....	12
4.1. Rückgriff auf Kassenmittel	12
4.2. Inanspruchnahme des Garantiefonds	12
4.3. Zahlungsrückstände zum Berichtszeitpunkt	12
5. Analyse der theoretischen Darlehens- und Garantiekapazität der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern	13
6. Stand des Garantiefonds zum Berichtszeitpunkt	14
7. Relative Solidität.....	14

Teil II: Evaluierung der potenziellen Risiken: Allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage der Drittländer, die Empfänger der umfangreichsten Darlehen sind	17
---	----

1. Einleitung.....	17
2. Beitrittsländer.....	17
2.1. Bulgarien.....	17

2.2.	Litauen.....	18
2.3.	Rumänien	19
3.	Westliche Balkanländer	20
3.1.	Bosnien und Herzegowina	20
3.2.	Bundesrepublik Jugoslawien.....	21
3.3.	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.....	22
4.	Neue unabhängige Staaten	22
4.1.	Armenien.....	22
4.2.	Belarus	23
4.3.	Georgien.....	24
4.4.	Republik Moldau.....	24
4.5.	Tadschikistan	25
4.6.	Ukraine.....	26
5.	Andere Drittländer	27
5.1.	Algerien.....	27
	Abkürzungen	29
	Anhang	30
1.	Erläuterungen zur Situation der aus dem Gemeinschaftshaushalt garantierten Risiken	30
1.1.	Erläuterung der Tabellen 1 bis 3	30
1.1.1.	Genehmigte Darlehenshöchstbeträge (Tabelle 1)	30
1.1.2.	Ausstehende Anleihe-/Darlehensbeträge (Tabelle 1).....	31
1.1.3.	Betrag der jährlichen Risiken (Tabellen 2 und 3)	31
1.2.	Übersicht über die Darlehenstransaktionen, für die eine Garantie aus dem Haushalt gewährt wird	31
1.3.	Voraussichtliche Unterzeichnungen und Auszahlungen von EIB-Darlehen	36
1.4.	Zahlungsmodalitäten für die Haushaltsgarantie.....	36
1.4.1	Bei Anleihen/Darlehen:.....	36
1.4.2.	Bei Garantien zugunsten Dritter:	37
2.	Erläuterung der Methodik für die Ermittlung der voraussichtlichen Darlehenskapazität der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern im Zeitraum 1999-2001 - in Übereinstimmung mit dem Garantiefondsmechanismus (Tabelle 4)	38

2.1.	Reserve für Darlehensgarantien zugunsten von Drittländern	38
2.2.	Berechnungsgrundlagen für die Einzahlungen in den Garantiefonds.....	38
2.3.	Einzahlungsquote bei Teilgarantien.....	40
2.4.	Einzahlungen in den Garantiefonds	40
2.5.	Verfügbarer Spielraum bei der Garantiereserve	40
2.6.	Verbleibende Darlehenskapazität	40
3.	Erläuterungen zu den Länderrisiko-Indikatoren (+Tabellen)	41

Teil I:

Seit Vorlage des letzten Berichts (Stand: 30.6.2001) eingetretene Ereignisse, Entwicklung der Risikosituation und effektive Inanspruchnahme der Haushaltsgarantie

1. EINLEITUNG: ART DER TRANSAKTIONEN

Die aus dem Gemeinschaftshaushalt gedeckten Risiken betreffen unterschiedliche Darlehens- und Garantietransaktionen, die sich zwei Kategorien zuordnen lassen: Darlehen, die makroökonomischen Zielen und solche, die mikroökonomischen Zielen dienen.

1.1. Transaktionen mit makroökonomischer Zielsetzung

Dazu gehören zunächst Darlehen zur Stützung der Zahlungsbilanzen, die Mitgliedstaaten oder Drittländern gewährt werden und die an präzise wirtschaftliche Auflagen und Verpflichtungen geknüpft sind.

1.2. Transaktionen mit mikroökonomischer Zielsetzung

Hierbei werden für bestimmte Vorhaben Darlehen zur Verfügung gestellt, die normalerweise langfristig aus den erwarteten Erträgen der Vorhaben zurückzuzahlen sind, generell Unternehmen, Finanzinstitutionen oder Drittstaaten gewährt werden und nicht nur durch die Garantie der Gemeinschaft, sondern auch durch die üblichen Bankbürgschaften abgedeckt sind.

Es handelt sich dabei um Euratom- und NGI-Darlehen in den Mitgliedstaaten sowie um Euratom- und EIB-Darlehen außerhalb der Gemeinschaft (Mittelmeerländer, mittel- und osteuropäische Länder, Länder in Lateinamerika und Asien, Republik Südafrika).

2. SEIT VORLAGE DES LETZTEN BERICHTS (STAND: 30.6.2001) EINGETRETENE EREIGNISSE

2.1. Bundesrepublik Jugoslawien

Am 23. Mai 2001 legte die Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien vor. Er sah die Gewährung eines Darlehens über 225 Mio. € mit einer maximalen Laufzeit von 15 Jahren sowie von nicht rückzahlbaren Zuschüssen in Höhe von 75 Mio. € vor. Am 16. Juli 2001 beschloss der Rat eine Finanzhilfe für die Bundesrepublik Jugoslawien in der genannten Form. Am 10. Dezember 2001 beschloss der Rat, diesen Beschluss dahingehend zu ändern, dass zusätzliche 45 Mio. € in Form von nicht rückzahlbaren Zuschüssen bereitgestellt werden. Damit beläuft sich die Zuschusskomponente dieser Finanzhilfe jetzt auf maximal 120 Mio. €.

2.2. Garantie der Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank für Vorhaben in der Bundesrepublik Jugoslawien

Am 6. November 2001 beschloss der Rat die Änderung des Beschlusses 2000/24/EG zwecks Ausdehnung der Garantieleistung der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank auf Darlehen für Vorhaben in der Bundesrepublik Jugoslawien. Für diese Darlehen gilt eine Obergrenze von insgesamt 350 Mio. €. Die Garantie ist auf 65 % der vom Rat festgesetzten Obergrenze von 350 Mio. € begrenzt.

2.3. Garantie der Gemeinschaft für Darlehen der Europäischen Investitionsbank für Vorhaben im russischen Ostseebecken

Am 6. Juni 2001 legte die Kommission einen Vorschlag für einen Beschluss des Rates über eine Garantie der Gemeinschaft für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank aus einer Darlehenssonderaktion für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension vor. Die Kommission schlug vor, die allgemeine Obergrenze für die eröffneten Darlehen auf 100 Mio. € festzusetzen. Ferner sollte die Garantie der Gemeinschaft für die im Rahmen des Beschlusses eröffneten EIB-Darlehen durch Ausdehnung der Globalgarantie der Gemeinschaft in Höhe von 65 % erfolgen, die der EIB im Rahmen des allgemeinen Mandats für Darlehen außerhalb der Gemeinschaft gewährt wurde. Am 6. November 2001 beschloss der Rat, der Europäischen Investitionsbank für die Darlehen, die sie im Rahmen dieser Darlehenssonderaktion für Investitionsvorhaben im russischen Ostseebecken im Rahmen der Nördlichen Dimension vergibt, eine Garantie zu gewähren. Die allgemeine Obergrenze für die eröffneten Darlehen beträgt 100 Mio. €. Der EIB wird ausnahmsweise eine Garantie der Gemeinschaft von 100 % zur Verfügung gestellt. Die Garantie gilt für die Darlehen, die innerhalb von drei Jahren nach Erlass des Beschlusses unterzeichnet werden. Haben die von der EIB unterzeichneten Darlehen nach Ablauf dieser drei Jahre die Obergrenze von 100 Mio. € nicht erreicht, so verlängert sich dieser Zeitraum automatisch um sechs Monate.

3. RISIKOSITUATION

Bei der Evaluierung der Risiken für den Gemeinschaftshaushalt können zwei Kriterien zugrunde gelegt werden:

- der (vielfach von den Banken herangezogene) zu einem bestimmten Zeitpunkt noch ausstehende Gesamtkapitalbetrag im Rahmen der betreffenden Transaktionen (siehe Darstellung in Tabelle 1);
- der spezifisch haushaltstechnische Ansatz der Bewertung der maximalen Risiken einer tatsächlichen Inanspruchnahme der Garantie in den einzelnen Haushaltsjahren.

Der zweite Ansatz lässt sich wiederum unter zwei Gesichtspunkten beurteilen:

- einmal unter ausschließlicher Berücksichtigung der bis zum Berichtszeitpunkt ausgezahlten Beträge, wobei man davon ausgeht, dass keine vorfristigen Rückzahlungen erfolgen (dies entspräche der Untergrenze des maximalen Risikos für den Gemeinschaftshaushalt; siehe Tabelle 2);
- zum anderen unter Einbeziehung der voraussichtlichen Auswirkungen aller vom Rat beschlossenen oder von der Kommission vorgeschlagenen Transaktionen auf die Haushalte der kommenden Jahre bei Annahme der Kommissionsvorschläge (dies

entspräche der Obergrenze des maximalen Risikos für den Gemeinschaftshaushalt; siehe Tabelle 3).

Mit dem letztgenannten Ansatz lässt sich bereits die Größenordnung der mit den derzeitigen Vorschlägen verbundenen Risiken abschätzen. Hierbei sind verschiedene Faktoren wie Auszahlungszeitpunkt, Rückzahlungsmodalitäten, Zinssatz¹ und Wechselkurs² maßgeblich, für die zunächst nur Hypothesen herangezogen werden können (Einzelheiten sind dem Anhang zu entnehmen).

Die Ergebnisse dieser hypothetischen Berechnungen sind - aufgeschlüsselt nach Gemeinschafts- und Drittländern - den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen.

Ferner ist anzumerken, dass die dort aufgeführten globalen Zahlen ganz unterschiedliche Risikoaspekte beinhalten: Darlehen für ein bestimmtes Land (Finanzhilfen), Darlehen für Vorhaben, die durch Sicherheitsleistungen der Begünstigten garantiert werden (Beispiel: NGI- bzw. EIB-Finanzierungen).

Das Gesamtrisiko, das Risiko bei Darlehen für die Mitgliedstaaten und das Risiko bei Darlehen für Drittländer werden nachstehend gesondert analysiert.

3.1. Ausstehender Gesamtkapitalbetrag zum Berichtszeitpunkt

Einzelheiten hierzu sind der Tabelle 1 zu entnehmen.

Zum Berichtszeitpunkt beläuft sich das Gesamtrisiko auf 15 443 Mio. €, gegenüber 15 041 Mio. € zum Ende des letzten Halbjahres; dies entspricht einer Zunahme um 2,7 %³.

In der folgenden Tabelle sind alle Transaktionen aufgeführt, die sich seit Vorlage des letzten Berichts auf die Höhe des insgesamt ausstehenden Kapitalbetrags ausgewirkt haben.

¹ Ausgegangen wird von einem durchschnittlichen Zinssatz von 8 % für EIB-Darlehen. Bei den Anleihen/Darlehen wird ein durchschnittlicher Zinssatz von 4,4 % unterstellt. Bei den neuen Transaktionen in Tabelle 3 wird ein Zinssatz von 4,89 % angesetzt.

² Für Darlehen in anderen Währungen als Euro werden die Wechselkurse vom 31.12.2001 zugrunde gelegt.

³ Die Entwicklung im letzten Halbjahr erklärt sich teilweise durch Wechselkursänderungen bei den Darlehen in anderen Währungen als Euro.

	<i>Mio. €</i>
Ausstehender Kapitalbetrag zum 30.6.2001	15 041.00
Rückzahlung von Darlehen	
Euratom	0.00
NGI	- 83.50
Finanzhilfen	- 252.00
EIB	- 533.00
Auszahlung von Darlehen	
Euratom	0.00
Finanzhilfen	225.00
EIB	900.00
Veränderung des Wechselkurses der übrigen Darlehenswährungen gegenüber dem Euro	145.50
Ausstehender Kapitalbetrag zum 31.12.2001	15 443.00

Die ausstehenden Kapitalbeträge bei Darlehen an Mitgliedstaaten belaufen sich zum Berichtszeitpunkt auf 52 Mio. €, das sind 59,0 % weniger als zum 30.6.2001.

Bei den Darlehen an Drittländer beläuft sich der ausstehende Kapitalbetrag zum Berichtszeitpunkt auf insgesamt 15 391 Mio. €, was einem Anstieg um 3,2 % gegenüber dem vorhergehenden Halbjahr entspricht.

3.2. Jährliche maximale Risiken für den Gemeinschaftshaushalt aus den bis zum Berichtszeitpunkt ausgezahlten Darlehen

Einzelheiten dazu sind der Tabelle 2 zu entnehmen.

Das Gesamtrisiko für das erste Halbjahr 2002 beläuft sich auf 1 602 Mio. €.

- Die Risiken für den Gemeinschaftshaushalt aus Transaktionen zugunsten der Mitgliedstaaten belaufen sich auf 11 Mio. €.
- Bei den Transaktionen zugunsten von Drittländern liegt das Gesamtrisiko bei 1 591 Mio. €.

3.3. Theoretisches jährliches Maximalrisiko für den Gemeinschaftshaushalt

Einzelheiten dazu sind der Tabelle 3 zu entnehmen.

Das Risiko für das Jahr 2002 beläuft sich auf 1 859 Mio. €. Ab 2003 erhöht sich das Risiko, und zwar bis auf 4 675 Mio. € im Jahr 2010.

- Bei den Mitgliedstaaten deckt sich die Entwicklung der maximalen Risiken mit der Beschreibung in Tabelle 2.
- Bei den Drittländern beträgt das Risiko im Jahr 2002 1 843 Mio. €. Ab dem Jahr 2003 steht im Zeitraum bis 2010 ein Risikoanstieg auf 4 675 Mio. € zu erwarten.

TABELLE 1
AUSSTEHENDE KAPITALBETRÄGE IM RAHMEN DER GEMEINSCHAFTSGARANTIE
Mio. EUR

Transaktionen	Bewilligte Höchstbeträge	Ausstehender Kapitalbetrag am 30.06.2001	Ausstehender Kapitalbetrag am 31.12.2001	Am 31.12.2001 noch auszuzahlen
MITGLIEDSTAATEN				
A.Zahlungsbilanzdarlehen	14000			
1. Italien		0	0	0
B.Andere				
2. Euratom (*)	4000	0	0	0
3. NGI und NGI Erdbeben	6830	89	19	0
4. EIB Mittelmeerländer				
Spanien, Griechenland, Portugal	1500	38	33	0
MITGLIEDSTAATEN INSGESAMT	26330	127	52	0
DRITTLÄNDER				
A.Finanzhilfen				
1. Bulgarien	750	460	390	0
2. Rumänien	780	225	225	100
3. Algerien	600	250	100	100
4. Ehem. jugoslaw. Rep. Mazedonien	90	40	50	40
5. Bosnien-Herzegowina	20	20	20	0
6. Baltische Staaten	220	25	25	85
7. Moldau	75	55	46	15
8. Ukraine	435	343	326	92
9. Belarus	55	30	24	25
10. Georgien	142	100	100	32
11. Armenien	28	23	23	0
12. Tadschikistan	75	60	60	15
13. Albanien	20	0	0	20
14. Euratom (*)		40	40	0
15. Bundesrepublik Jugoslawien	225	0	225	0
B.Andere				
16. EIB Mittelmeerländer(**)	16147	5089	5629	3651
17. EIB MOEL	17750	5124	5608	3137
18. EIB Lateinamerika/Asien	4405	1251	2013	761
19. EIB Südafrika	1500	595	487	257
20. EIB Russisches Ostseebecken	100	0	0	0
DRITTLÄNDER INSGESAMT	43417	13730	15391	8330
GESAMTBETRAG	69747	13857	15443	8330

(*) Insgesamt gilt ein Höchstbetrag von 4 000 Mio. EUR. Aufgrund des Beschlusses 94/179/Euratom des Rates vom 21. März 1994 können Euratom-Darlehen auch für die Finanzierung von Vorhaben in bestimmten Drittländern gewährt werden.
(**) Der ausstehende Betrag erhöht sich um 12,0 Mio. EUR an nicht gezahlten Kapitalfälligkeiten zum 31.12.2001.

ANLAGE ZU TABELLE 1
ABWICKLUNGSSTAND DER EIB-TRANSAKTIONEN ZUM 31.12.2001

Transaktionen	Genehmigte Kreditlinie	Eröffnete Kredite abzügl. Annullierungen	Ausgezahlte Beträge	Ausstehende Beträge zum 31.12.2001
Mittelmeerraum - Mitgliedstaaten	1500	1465	1753	33
Drittländer - Alte Mandate:				
Mittelmeerprotokolle	6362	5932	6156	3758
MOEL I und II	4700	4090	4264	3163
Lateinamerika/Asien I und II	903	757	831	589
Südafrika	300	285	224	214
Drittländer - Beschluss vom 14.4.1997				
Mittelmeerländer	2310	2250	1385	1366
MOEL	3520	3414	2166	2087
Lateinamerika/Asien	1022	1022	816	791
Südafrika	375	375	271	270
EJRM: Beschluss vom 19.5.1998	150	150	61	61
Bosnien: Beschluss vom 14.12.1998	100	100	4	4
Türkei: Beschluss vom 29.11.1999	600	450	319	319
Drittländer: Beschluss vom 22.12.1999				
Mittelmeerländer	6425	1906	120	121
MOEL	8680	1768	358	358
Lateinamerika/Asien	2480	939	633	633
Südafrika	825	202	2	3
Kroatien: Beschluss vom 7.11.2000	250	146	0	0
Türkei: Beschluss vom 4.12.2000	450	0	0	0
BR Jugoslawien: Beschluss vom 6.11.2001	350	66	0	0
Russisches Ostseebecken: Beschluss vom 6.11.2001	100	0	0	0
Insgesamt	41402	25317	19363	13770

N.B. Da die Darlehen in Landeswährung ausgezahlt werden, kann es nach Umrechnung der Devisenbeträge in Euro zum Berichtzeitpunkt zu einer Überschreitung der insgesamt genehmigten Darlehensbeträge kommen.

TABELLE 2
MAXIMALE JÄHRLICHE RISIKEN FÜR DEN GEMEINSCHAFTSHAUSHALT
(Schätzung in Mio. EUR auf der Grundlage der zum 31.12.2001 ausgezahlten Transaktionen)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	GESAMT
MITGLIEDSTAATEN										
KAPITAL										
A. Zahlungsbilanzdarlehen										
1. Italien										0
B. Strukturdarlehen										
2. Euratom										0
3. NGI und NGI Erdbeben			19							19
4. EIB Mittelmeerländer Spanien, Griechenl., Portugal	7	9	4	3						23
Kapital insgesamt	7	9	23	3	0	0	0	0	0	42
ZINSEN										
A. Zahlungsbilanzdarlehen										
1. Italien										0
B. Strukturdarlehen										
2. Euratom										0
3. NGI und NGI Erdbeben	2	2	2							6
4. EIB Mittelmeerländer Spanien, Griechenl., Portugal	2	1								3
Zinsen insgesamt	4	3	2	0	0	0	0	0	0	9
MITGLIEDSTAATEN INSGES.	11	12	25	3	0	0	0	0	0	51
DRITTLÄNDER										
KAPITAL										
A. Finanzhilfen										
5. Bulgarien		40		63	73	88	88	25	15	390
6. Rumänien	55		70			25	25	25	25	225
7. Algerien	100									100
8. Ehem. jug. Rep. Mazedonien							5	8	8	21
9. Bosnien									2	2
10. Litauen	25									25
11. Moldau	12	12	12	7	3					46
12. Ukraine	37	57	57	57	55	35	15	15		326
13. Belarus	6	6	6	6						24
14. Georgien								22	22	44
15. Armenien								6	6	11
16. Tadschikistan										0
17. BR Jugoslawien										0
18. Euratom							2	24	28	54
B. Garantien										0
19. EIB Mittelmeerländer	263	308	314	324	340	345	356	334	305	2889
20. EIB MOEL	383	449	562	498	544	380	334	359	271	3780
21. EIB Lateinamerika/Asien	95	130	152	170	174	195	158	123	75	1272
22. EIB Südafrika	20	21	42	21	22	46	32	98	28	330
Kapital insgesamt	996	1023	1215	1146	1210	1113	1014	1038	785	9539
ZINSEN										
A. Finanzhilfen										
5. Bulgarien	14	14	13	12	10	7	4	1	1	76
6. Rumänien	7	6	6	3	3	3	2	1	0	32
7. Algerien	3									3
8. Ehem. jug. Rep. Mazedonien	2	2	2	2	2	2	2	2	1	16
9. Bosnien	1	1	1	1	1	1	1	1	1	6
10. Litauen	1									1
11. Moldau	2	1	1	0	0					4
12. Ukraine	12	11	9	7	5	3	1	1		48
13. Belarus	1	1	0	0						2
14. Georgien	4	4	4	4	4	4	4	4	3	36
15. Armenien	1	1	1	1	1	1	1	1	1	7
16. Tadschikistan	2	2	2	2	2	2	2	2	2	17
17. BR Jugoslawien	8	8	8	8	8	8	8	8	8	72
18. Euratom	2	5	12	18	28	34	39	41	40	219
B. Garantien										
19. EIB Mittelmeerländer	215	200	182	165	148	130	111	93	76	1320
20. EIB MOEL	237	211	187	162	139	111	93	78	64	1282
21. EIB Lateinamerika/Asien	59	54	50	46	41	35	31	26	22	364
22. EIB Südafrika	24	20	18	15	14	14	11	9	3	128
Zinsen insgesamt	595	540	495	446	405	354	309	267	221	3632
DRITTLÄNDER INSGESAMT	1591	1563	1710	1591	1615	1467	1323	1305	1006	13171
GESAMTBETRAG	1602	1575	1735	1594	1615	1467	1323	1305	1006	13222

TABELLE 3**MAXIMALE JÄHRLICHE RISIKEN FÜR DEN GEMEINSCHAFTSHAUSHALT**

(Schätzung in Mio. EUR auf der Grundlage der ausgezahlten, der beschlossenen und der von der Kommission vorgeschlagenen Transaktionen)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	GESAMT
MITGLIEDSTAATEN										
KAPITAL										
A. Zahlungsbilanzdarlehen										0
1. Italien										
B. Strukturdarlehen										19
2. Euratom und NGI			19							
3. EIB Spanien, Griechenl., Portugal	12	13	5	3						33
Kapital insgesamt	12	13	24	3	0	0	0	0	0	51
ZINSEN										
A. Zahlungsbilanzdarlehen										0
1. Italien										
B. Strukturdarlehen										7
2. Euratom und NGI	2	2	2							3
3. EIB Spanien, Griechenl., Portugal	2	1	0	0						
Zinsen insgesamt	4	3	2	0	0	0	0	0	0	10
MITGLIEDSTAATEN INSGESAMT	16	16	26	4	0	0	0	0	0	61
DRITTLÄNDER										
KAPITAL										
A. Finanzhilfen										
4. Bulgarien		40		63	73	88	88	25	15	390
5. Rumänien	55		70			25	25	50	50	275
6. Algerien	100									100
7. Ehem. jug. Rep. Mazedonien							5	8	8	21
8. Bosnien									2	2
9. Litauen	25									25
10. Moldau	12	12	12	7	3		3	3	3	55
11. Ukraine	37	57	57	57	55	35	15	15		326
12. Belarus	6	6	6	6						24
13. Georgien								22	22	44
14. Armenien								6	6	11
15. Tadschikistan										0
16. BR Jugoslawien										0
17. Euratom							2	24	28	53
B. Garantien										
18. EIB Mittelmeerländer	302	326	354	431	526	627	716	754	754	4790
19. EIB MOEL	354	352	438	476	604	751	853	951	951	5730
20. EIB Lateinamerika/Asien	125	168	223	267	307	385	359	277	277	2388
21. EIB Südafrika	26	27	62	34	48	101	100	229	229	856
Kapital insgesamt	1042	988	1222	1341	1615	2011	2165	2363	2344	15090
ZINSEN										
A. Finanzhilfen										
4. Bulgarien	14	14	13	12	10	7	4	1	1	76
5. Rumänien	9	9	9	7	7	6	5	5	3	60
6. Algerien	3									3
7. Ehem. jug. Rep. Mazedonien	2	3	3	3	3	3	3	3	2	25
8. Bosnien	1	1	1	1	1	1	1	1	1	6
9. Litauen	1									1
10. Moldau	2	2	1	1	1	1	1	0	0	8
11. Ukraine	14	14	13	10	8	6	5	4	4	79
12. Belarus	1	1	0	0						2
13. Georgien	4	4	4	4	4	4	4	4	3	36
14. Armenien	1	1	1	1	1	1	1	1	1	7
15. Tadschikistan	2	2	2	2	2	2	2	2	2	17
16. BR Jugoslawien	8	8	8	8	8	8	8	8	8	72
17. Euratom	2	5	12	18	28	34	39	41	40	219
B. Garantien										
18. EIB Mittelmeerländer	318	388	431	471	583	779	926	992	992	5880
19. EIB MOEL	255	384	536	512	558	701	832	864	864	5506
20. EIB Lateinamerika/Asien	119	124	121	115	167	215	326	242	242	1671
21. EIB Südafrika	44	63	71	89	88	116	138	169	169	947
Zinsen insgesamt	801	1022	1225	1254	1468	1884	2295	2336	2331	14615
DRITTLÄNDER INSGESAMT	1843	2010	2447	2594	3083	3895	4459	4699	4675	29705
GESAMTBETRAG	1859	2026	2473	2598	3083	3895	4459	4699	4675	29767

4. EFFEKTIVE INANSPRUCHNAHME DER HAUSHALTSGARANTIE

4.1. Rückgriff auf Kassenmittel

Gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 zur Durchführung des Beschlusses 94/728/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften ist die Kommission befugt, im Rahmen des Schuldendienstes Zahlungen aus Kassenmitteln vorzuleisten. Dadurch lassen sich bei Zahlungsverzug eines Schuldners Zahlungsrückstände und dadurch bedingte Kosten vermeiden.

4.2. Inanspruchnahme des Garantiefonds

Durch die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 wurde ein Garantiefonds für die Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen eingerichtet. Kommt der Empfänger eines von der Gemeinschaft gewährten Darlehens seinen Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht nach, so kann der Garantiefonds in Anspruch genommen werden, der binnen drei Monaten nach dem Fälligkeitstermin die erforderliche Zahlung anstelle des säumigen Schuldners leistet. Bei Schuldnerausfällen in Verbindung mit aus dem Gemeinschaftshaushalt garantierten EIB-Darlehen tritt die Gemeinschaft binnen drei Monaten ab Eingang des Garantieabrufschreibens der EIB finanziell ein. Die Bank wird von der Kommission ermächtigt, die entsprechenden Beträge aus dem Garantiefonds zu entnehmen.

Die zwischen dem Zeitpunkt der Leistung des Kassenmittelvorschusses und der Intervention des Garantiefonds anfallenden Verzugszinsen werden ebenfalls aus dem Fonds vorgeschossen und der Kasse zurückerstattet.

Im Laufe des letzten Halbjahrs ist der Garantiefonds für folgende Schuldnerländer eingetreten:

in €

Drittland	Datum der Garantieleistung	Betrag (Kapital und Zinsen)
Ehemaliges Jugoslawien		
Vojvodina	29.08.2001	1.366.351,99
Serbien	29.08.2001	3.546.225,45
Kosovo	29.08.2001	15.628,96
Gesamtbetrag		4.928.206,40

4.3. Zahlungsrückstände zum Berichtszeitpunkt

Zum 31.12.2001 waren alle von der Bundesrepublik Jugoslawien geschuldeten Beträge aus durch eine Gemeinschaftsgarantie besicherten EIB-Darlehen an die EIB zurückgezahlt. Am 23.10.2001 wurden auf das EU-Verbindungskonto des Garantiefonds insgesamt 162 345 253,00 € übertragen.

5. ANALYSE DER THEORETISCHEN DARLEHENS- UND GARANTIEKAPAZITÄT DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN

Durch den Garantiefonds- und Garantiereservemechanismus wird die Darlehens- und Garantiekapazität der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern de facto eingeschränkt, da die Mittel, die zur Absicherung jedes neuen Darlehensbeschlusses (bzw. jeder neuen Jahrestanche bei mehrjährigen Transaktionen) bereitgestellt werden können, den in der Finanziellen Vorausschau unter der Rubrik "Garantiereserve" eingesetzten Betrag nicht überschreiten dürfen⁴.

Die Darlehenskapazität zu einem gegebenen Zeitpunkt entspricht dem Gegenwert des bei der Garantiereserve verfügbaren Spielraums. Dieser wiederum ist gleich der Differenz zwischen dem Gesamtreservebetrag und dem (geschätzten) Betrag der Garantiefondsdotierung zur Sicherung der beschlossenen und in Vorbereitung befindlichen Darlehenstransaktionen.

Tabelle 4 gibt einen Überblick über die voraussichtliche Darlehenskapazität der Gemeinschaft zugunsten von Drittländern - in Übereinstimmung mit dem Garantiefondsmechanismus - im Zeitraum 2001-2004. Die hierbei verwendeten Berechnungsmethoden sowie die entsprechenden Rechtsvorschriften werden im Anhang zu diesem Bericht im Einzelnen erläutert.

Nach Maßgabe der bereits ergangenen Beschlüsse des Rates sowie der unterbreiteten und in Vorbereitung befindlichen Beschlussentwürfe (vgl. Tabelle 4) dürfte die Garantiereserve 2002 in Höhe von 163,74 Mio. € in Anspruch genommen werden, womit Ende 2002 ein Spielraum von 49,26 Mio. € verbliebe.

Berücksichtigt man die Auswirkungen der Garantiefondsdotierung im Hinblick auf bereits beschlossene Darlehen sowie im Hinblick auf für das Jahr 2002 vorgeschlagene und in Vorbereitung befindliche Darlehen auf die Garantiereserve, so ergibt sich folgende noch verfügbare jährliche Darlehenskapazität:

- 547,33 Mio. € für Darlehen mit einer 100%igen Garantie des Gemeinschaftshaushalts oder
- 842,05 Mio. € für Darlehen mit einer 65%igen Garantie (gemäß dem Beschluss 2000/24/EG des Rates vom 22. Dezember 1999).

Zum 31.12.2001 beläuft sich der Gesamtbetrag der Kapitalverbindlichkeiten im Rahmen von Darlehens- und Garantietransaktionen zugunsten von Drittländern zuzüglich der fälligen und nicht gezahlten Zinsen auf 15 391,00 Mio. €.

⁴ In der Finanziellen Vorausschau 2000-2006 ist ein Betrag von 200 Mio. € zu Preisen von 1999 vorgesehen.

Mio. €

	Situation zum 31.12.2001
1. Betrag der A/D	1 654.00
2. Betrag der EIB-Darlehen	13 737.00
3. Betrag der Zahlungsausfälle	0.00
4. Verzugszinsen	0.00
Fällige, nicht gezahlte Zinsen ⁵	0.00
INSGESAMT	15 391.00

Das Verhältnis zwischen Fondsmitteln und Verbindlichkeiten im Sinne der Garantiefonds-Verordnung liegt damit bei 11,39 % und übersteigt folglich den in der Verordnung 1149/99 zur Änderung der Verordnung 2728/94 festgelegten Zielwert von 9 %. Die Verordnung sieht vor, dass der zum Jahresende überschüssige Betrag einer besonderen Haushaltslinie des Einnahmenansatzes des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften zugewiesen wird.

Der Überschuss zum Ende des Haushaltsjahres 2001 beläuft sich auf 372,46 Mio. €. Er wird dem Haushalt im zweiten Halbjahr 2002 wieder zugeführt.

6. STAND DES GARANTIEFONDS ZUM BERICHTSZEITPUNKT

Zum 31.12.2001 beläuft sich das Aufkommen im Garantiefonds auf 1 774 Mio. €. Im zweiten Halbjahr 2001 entwickelte sich der Fonds wie folgt:

- Garantieleistung aus dem Fonds in Höhe von 9,75 Mio. € für neue Zahlungsausfälle;
- verspätete Rückzahlung der Rückstände der Bundesrepublik Jugoslawien in Höhe von insgesamt 162,34 Mio. €;
- Nettoerträge aus Anlagen des Fonds in Höhe von rund 74,07 Mio. €;
- Auszahlung von 207,2 Mio. € aus der Garantiereserve 2001;
- Rückzahlung des Fondsüberschusses zum 31.12.2001 in Höhe von 372,46 Mio. € an den Gemeinschaftshaushalt.

⁵ Fällige und nicht gezahlte Zinsen im Sinne der Garantiefonds-Verordnung.

7. RELATIVE SOLIDITÄT

Das Verhältnis zwischen dem bis zum 31.12.2001 in den Garantiefonds eingezahlten Betrag (1 774 Mio. €) und dem nach Tabelle 3 für 2002 erwarteten maximalen jährlichen Risiko aus Darlehen an Drittländer (= Gesamtbetrag der Kapital- und Zinsfälligkeiten: 1 843 Mio. €) beträgt 96 %.

Tabelle 4 - Voraussichtliche Darlehens- und Darlehensgarantiebeträge, für die aus der Garantiereserve Einzahlungen vorzunehmen sind

(in Mio. EUR)

9%						
Jahr	2002		2003		2004	
	Vorauss. Darlehens- beträge	Vorauss. Einzah- lungen	Vorauss. Darlehens- beträge	Vorauss. Einzah- lungen	Vorauss. Darlehens- beträge	Vorauss. Einzah- lungen
Reservebetrag		213		217		221
Darlehens- und Garantiekapazität insgesamt	<i>min.</i>	2367	<i>min.</i>	2411	<i>min.</i>	2456
	<i>max.</i>	3641	<i>max.</i>	3709	<i>max.</i>	3778
1. GARANTIE FÜR EIB-DARLEHEN ¹						
Beschlossene Transaktionen						
Mittelmeerraum, allgemeines Darlehens- mandat 1997-2000	35,00	2,36				
allgemeines Darlehensmandat 2000-2007 ³	3.075,00	179,89	2.975,00	174,04	2.875,00	168,19
erwartete/durchgeführte Korrektur		-19,15				
<i>Zwischensumme 2000/2007</i>		160,74				
Türkei: Sonderfazilität für den Wiederaufbau	150,00	8,78			150,00	8,78
erwartete/durchgeführte Korrektur	75,00	4,39				
Sonderaktion Ostsee, Russland	25,00	2,25	40,00	3,60	35,00	3,15
erwartete/durchgeführte Korrektur		-9,00				
<i>Zwischensumme 2000/2007</i>		-6,75				
2. FINANZHILFE (DARLEHEN)						
Beschlossene Transaktionen						
Bundesrepublik Jugoslawien						
Vorgeschlagene Transaktion ⁴						
Ukraine	18,00	-2,98				
Ausgesetzte Transaktion ⁵						
Albanien (geschätzter Übertrag ²)	-20,00	-2,80				
3. EURATOM-DARLEHEN						
Vorläufige Schätzungen ⁶						
Ukraine					154,00	0,00
Rumänien			224,00	0,00		
Inanspruchnahme der Reserve (1+2+3)		163,74		177,64		180,12
Nach Berücksichtigung der genannten Darlehen verbleibender Reservespielraum		49,26		39,36		40,88
Verbleibende Darlehens- und Garantiekapazität 100 %	*	547,33		437,36		454,22
65%	**	842,05		672,82		698,80

¹ Die Garantie der EG für EIB-Darlehen gilt bei Darlehen im Rahmen des 4. Protokolls mit Syrien (Mittelmeerraum) für 75 %, bei Darlehen im Rahmen des allgemeinen Darlehensmandats 1997-2000 für 70 %, bei Darlehen im Rahmen der vor kurzem beschlossenen Sonderaktion für das russische Ostseebecken für 100 % und bei Darlehen im Rahmen der übrigen Mandate und Fazilitäten für 65 % des Kapitalbetrags.

ⁿ Korrektur des geschätzten Durchführungsgrads.

³ Die Angaben für das allgemeine Darlehensmandat 2000-2007 schließen die Beträge für Kroatien und die Bundesrepublik Jugoslawien sowie für die Sonderaktion zugunsten der Zollunion mit der Türkei ein.

⁴ Der Vorschlag der Kommission sieht eine neue Finanzhilfe für die Ukraine in Höhe von bis zu 110 Mio. EUR vor. Durch den entsprechenden Beschluss des Rates werden jedoch gleichzeitig nicht ausgezahlte Beträge in Höhe von 92 Mio. EUR annulliert, die im Rahmen eines früheren Ratsbeschlusses (98/592/EG) über eine Finanzhilfe für die Ukraine vorgesehen waren, für die in den Garantiefonds bereits Einzahlungen vorgenommen wurden. Die aufgrund der neuen Transaktion erforderlichen Einzahlungen sind daher anhand der Nettozunahme (18 Mio. EUR) der zugunsten der Ukraine beschlossenen Darlehensbeträge zu berechnen.

⁵ Diese Transaktion (Beschluss des Rates 99/282/EG) wird wahrscheinlich nicht durchgeführt.

⁶ Ukraine: Für das geplante Darlehen von 657 Mio. EUR für das Projekt K2-R4 wurden 503 Mio. EUR bereits in früheren Jahren eingezahlt und sollen 154 Mio. EUR 2004 eingezahlt werden. Rumänien: Die 2003 im Rahmen des Projekts Cernavoda 2 erfolgenden Einzahlungen würden einen Darlehensbetrag von 224 Mio. EUR abdecken. Sollte der Höchstbetrag für Euratom-Darlehen angehoben werden, bevor die Rumänien-Entscheidung der Kommission getroffen wird, könnte eine Anhebung des Darlehensbetrages auf insgesamt 126 Mio. EUR ins Auge gefasst werden, so dass weitere 11,34 Mio. EUR eingezahlt werden müssten.

* Für Finanzhilfen und Euratom-Darlehen.

** Für Garantien für EIB-Darlehen.

Teil II:

Evaluierung der potenziellen Risiken: Allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage der Drittländer, die Empfänger der umfangreichsten Darlehen sind

1. EINLEITUNG

Die in Teil I dieses Berichts genannten Zahlen informieren über quantitative Aspekte der Risiken, die den Gemeinschaftshaushalt belasten. Daneben ist jedoch auch die Qualität der Risiken zu berücksichtigen, die mit der Art der jeweiligen Transaktionen und der Bonität der Darlehensnehmer zusammenhängt. Im Folgenden werden die jüngsten Entwicklungen analysiert, die sich auf die Risikosituation insgesamt auswirken können.

Die in Teil II vorgelegte Länderrisikobewertung enthält für jedes Drittland, das eine Finanzhilfe der EG erhält und seine Verbindlichkeiten daraus noch nicht vollständig zurückgezahlt hat, eine Tabelle mit Risiko-Indikatoren (vgl. Anhänge). Ergänzt werden diese Angaben durch eine Beschreibung der Situation in den Ländern, für die seit dem letzten Bericht über das erste Halbjahr 2001 neue aussagekräftige Informationen vorliegen, die sich auf die Risikobewertung auswirken.

Die Bewertung in diesem Teil erstreckt sich vor allem deswegen nicht auf andere Länder als die obengenannten, weil das Engagement der Gemeinschaft in anderen Ländern (insbesondere durch Garantien für EIB-Darlehen) nur einen kleinen Bruchteil ihres Gesamtengagements ausmacht und außerdem zwischen den Ländern breit gestreut ist.

2. BEITRITTSLÄNDER

2.1. Bulgarien

2001 setzte sich das starke Wirtschaftswachstum, wenn auch in etwas geringerem Tempo als im Jahr 2000 fort (4,7 % in den ersten drei Quartalen 2001 gegenüber 5,8 % im Jahr 2000). Die Industrieproduktion wuchs in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 um 9 %. Während die ausländischen Direktinvestitionen hinter denen des Jahres 2000 zurückblieben, nahmen die Inlandsinvestitionen zu, was dem infolge der wirtschaftlichen Stabilität und der Wirtschaftsreformen gestiegenen Vertrauen der Unternehmen zuzuschreiben ist. Die Arbeitslosigkeit sank in der zweiten Jahreshälfte um etwa einen halben Prozentpunkt, war aber mit fast 17 % nach wie vor hoch.

Die Currency-Board-Regelung (1 € = 1,96 BGN) wurde während des gesamten Zeitraums eingehalten, und die Regierung plant, zumindest bis zum EU-Beitritt an ihr festzuhalten. Gleichwohl beschleunigte sich die Inflation Ende 2000 und in der ersten Jahreshälfte 2001 und erreichte sogar 12 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, ging danach aber stetig auf rund 5 % (Herbst 2001) zurück.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 2001 Schätzungen zufolge 6,5 % des BIP und lag damit geringfügig über dem des Jahres 2000. Der Dienstleistungsbilanzüberschuss

nahm vor allem infolge der Tourismuseinnahmen weiter zu, während sich das Handelsbilanzergebnis etwas verschlechterte.

Die öffentlichen Finanzen Bulgariens sind immer noch gesund. Das Staatsdefizit belief sich im Jahr 2000 auf 1,1 % des BIP und für das Jahr 2001 - ein Wahljahr - geht man davon aus, dass die endgültigen Ist-Zahlen unter 1 % des BIP liegen werden. Für 2002 rechnet man mit einem Defizit von 0,8 %, während die öffentlichen Haushalte im Jahr 2003 in etwa ausgeglichen sein sollen. Gleichzeitig geht der öffentliche Schuldenstand rasch zurück, von deutlich über 100 % des BIP im Jahr 1997 auf etwa 69 % des BIP Ende 2001 (72,2 % im 3. Quartal 2001).

Mitte Dezember 2001 erzielten der IWF und die neue bulgarische Regierung Einvernehmen über ein weiteres Programm. Die neue Bereitschaftskreditvereinbarung wurde im Februar vom IWF-Direktorium gebilligt, doch stuften die Rating-Agenturen die bulgarischen Staatstitel bereits vorher herauf (Moody's Investors Services hoben das Rating Bulgariens am 19. Dezember 2001 von B2 auf B1 an; Fitch sowie Standard & Poor's verbesserten das Rating am 14. Januar 2002 von B+ auf BB-).

2.2. Litauen

Verschiedene Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaftslage in Litauen verbessert. Das in der letzten Prognose für 2000 veranschlagte BIP-Wachstum wurde um 0,6 Prozentpunkte auf 3,9 % nach oben revidiert. Das Wachstum im Jahr 2000 beruhte in starkem Maße auf der kräftigen Exportentwicklung, und obwohl sich die Wirtschaftslage bei vielen von Litauens Handelspartnern verschlechterte, hat sich dieser Trend fortgesetzt. Dieser Entwicklung ist es zu verdanken, dass sich das starke Wachstum im Jahr 2001 fortsetzte. Nach vorläufigen Zahlen dürfte sich das Wachstum auf 5,8 % belaufen. Eine bedeutende Veränderung gegenüber der Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre besteht jedoch in der 2001 verzeichneten Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen, die für ein potentiell Wachstum in den kommenden Jahren wichtig ist.

Trotz des starken Wachstums blieb die Inflation relativ gering. Die Verbraucherpreise stiegen 2001 um durchschnittlich 1,3 %. Zu der geringen Inflation trug die Aufwertung des Litas gegenüber dem Euro bei. Mit der Ankoppelung des Litas an den Euro ab Februar 2002 und der Belebung der Inlandsnachfrage dürfte die Inflation in Zukunft jedoch etwas höher ausfallen.

Auch wenn sich die Arbeitslosigkeit gegenüber ihrem Höchststand von Anfang 2001 etwas verringert hat, ist kein klarer Abwärtstrend zu erkennen. Mit einer in der Arbeitskräfteerhebung ausgewiesenen Arbeitslosenquote von 16,5 % im zweiten Quartal 2001 stellt dies nach wie vor eines der gravierendsten Probleme für die Wirtschaft dar. Die Segmentierung des Arbeitsmarktes könnte weiteres Wachstum in den kommenden Jahren behindern.

Die kräftige Exportentwicklung hat in Verbindung mit der schwachen Inlandsnachfrage zu einem deutlichen Rückgang des Leistungsbilanzdefizits geführt. In den ersten drei Quartalen 2001 belief sich das Leistungsbilanzdefizit auf 3,3 % des BIP, gegenüber 5,0 % im Jahr zuvor. Gleichzeitig haben die ausländischen Direktinvestitionen zugenommen und das Leistungsbilanzdefizit der ersten drei Quartale 2001 in voller Höhe gedeckt.

Litauen hat eine straffe Finanzpolitik verfolgt, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, das 1999 mit 7,8 % des BIP einen Höchststand erreichte. Im Jahr 2000 sank es auf 2,8 %, und der für 2001 angestrebte Zielwert von 1,4 % des BIP ist offensichtlich erreichbar, da sich sowohl der Staatshaushalt als auch das Sozialversicherungsbudget besser entwickelt haben als erwartet. Für 2002 liegt der Zielwert bei 1,5 % des BIP. In den kommenden Jahren dürfte das Haushaltsdefizit in etwa auf diesem Niveau verharren, da die im Rahmen der Strukturreformen (wie Rentenreform, Rückzahlung von Spargeldern usw.) anfallenden Ausgaben keinerlei weitere Senkung des Haushaltsdefizits zulassen.

2.3. Rumänien

In der zweiten Jahreshälfte 2001 hat sich die Wirtschaftslage weiter verbessert. Die Regierung handelte eine erneute IWF-Unterstützung aus und begann, von ihrem übermäßig expansionistischen auf einen restriktiveren politischen Kurs überzugehen. Das Leistungsbilanzdefizit weitete sich aus, ließ sich jedoch ohne Weiteres finanzieren, da alle großen Rating-Agenturen die rumänischen Titel heraufstufte. Angesichts der aus der Wachstumsverlangsamung der Weltwirtschaft resultierenden schwachen Exportentwicklung und da es den Behörden wiederholt nicht gelang, die Einkommenspolitik und die Finanzdisziplin nachhaltig zu straffen, sind die makroökonomischen Aussichten trotz der jüngsten Fortschritte weiterhin unsicher.

Bedingt durch die Zunahme des Lageraufbaus und des Konsums der privaten Haushalte wuchs das BIP in den ersten neun Monaten 2001 um 5,1 %. Die Finanz- und die Einkommenspolitik wurden anfänglich gelockert und trugen so dazu bei, dass sich der Aufschwung festigte; in der zweiten Jahreshälfte fand jedoch eine erneute Straffung statt. Dadurch wurden die Behörden in die Lage versetzt, ihr Defizitziel von 3,5 % des BIP zu erreichen, die Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits, das im November 2001 bei 5,0 % des BIP lag, zu bremsen und die jährliche Inflation trotz einer starken Erhöhung der Energiepreise um rund 10 Prozentpunkte auf 30,3 % zum Jahresende 2001 zurückzuführen. Infolge der verbesserten Wirtschaftslage stuften alle drei großen Rating-Agenturen die rumänischen Schulden herauf und eröffneten dem Land dadurch die Möglichkeit, sich an den internationalen Märkten zu besseren Bedingungen zu finanzieren. Die Auslandsverschuldung, die Ende Oktober bei 30,2 % des projizierten BIP lag, nahm zu, blieb jedoch im internationalen Vergleich gering.

Am 31. Oktober 2001 genehmigte das IWF-Direktorium eine Bereitschaftskreditvereinbarung mit einer Laufzeit von 18 Monaten im Umfang von 300 Mio. SZR (383 Mio. USD) zur Unterstützung eines Programms, das auf eine allmähliche Rückführung der Inflation und eine maßvolle außenwirtschaftliche Anpassung bei weiterhin stetigem Wirtschaftswachstum abzielt.

Im Vorfeld der Vereinbarung mit dem IWF wurden Strukturreformen wieder in Gang gebracht, insbesondere im Energiebereich; hier begannen die Behörden, die Tarife anzuheben, mit dem Ziel, letztendlich kostendeckende Preise zu erzielen. Der Verkauf des mit hohen Verlusten arbeitenden Stahlunternehmens SIDEX ist als ein großer Erfolg des Privatisierungsprogramms der Regierung zu verbuchen. Insgesamt kam man jedoch nur langsam voran, da die Behörden die mit dem IWF als Richtwert vereinbarten Privatisierungsziele verfehlten. Auch bei der Verbesserung der Gebührenerhebungsquote der Energieversorgungsunternehmen sowie der Verringerung der Zahlungsrückstände gegenüber der Regierung kam es zu Zielabweichungen.

3. WESTLICHE BALKANLÄNDER

3.1. Bosnien und Herzegowina

In der zweiten Jahreshälfte gewannen die Reformfortschritte der Regierungen der neuen Teilstaaten, die zu Beginn 2001 gebildet worden waren, an Schwung. Nach den makroökonomischen Daten für 2001 schwächte sich das BIP-Wachstum weiter ab, und die Behörden erwarten eine Wachstumsrate von rund 5-6 % für das gesamte Jahr 2001, während man ursprünglich von 8 % ausgegangen war. Schätzungen zufolge sind rund 40 % der Erwerbsbevölkerung arbeitslos, womit das Land eine der höchsten Arbeitslosenquoten der Westlichen Balkanländer aufweist. Nach vorläufigen Schätzungen hat sich die im Jahr 2000 im Verhältnis zum BIP hohe Auslandsfinanzierung (44 %) im Jahr 2001 stark rückläufig entwickelt (23 %). Dank der strikten Einhaltung der Currency-Board-Regelung blieb die Inflation (mit schätzungsweise rund 4,5 % im Jahr 2001) gedämpft und der Wechselkurs der konvertiblen Marka (KM) weiterhin im Verhältnis 1:1 fest an die DEM (den Euro) gekoppelt. Die Staatsausgaben sind nach wie vor sehr hoch; sie lagen Schätzungen zufolge im Jahr 2001 bei 44 % des BIP. Unerwartet hohe Defizite zwangen den Staat, gegen Ende des Jahres Maßnahmen zu treffen, um die laufenden Ausgaben mit den verfügbaren Mitteln in Einklang zu bringen.

Der im Jahr 2000 einsetzende Exportaufschwung (der teilweise der erneuten Öffnung des jugoslawischen Markts zu verdanken war) und der Importrückgang (der vor allem auf die geringeren Gebermittel für den Wiederaufbau zurückzuführen war) setzen sich fort. Folglich verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit, allerdings nur langsam (von 22,2 % des BIP im Jahr 2000 auf 20,8 % im Jahr 2001, ohne Transferleistungen). Das ungünstige Geschäftsklima erklärt, warum es bislang kaum gelungen ist, die dringend benötigten ausländischen Investitionen ins Land zu holen - in diesem Bereich gehört Bosnien und Herzegowina zu den Schlusslichtern unter den mittel- und osteuropäischen Ländern (nur 164 Mio. USD im Jahr 2001).

Nachdem der IWF die letzten Prüfungen der im Mai 1998 unterzeichneten Bereitschaftskreditvereinbarung im Mai 2001 abgeschlossen hat, führen die Behörden von Bosnien und Herzegowina zurzeit Verhandlungen über eine neue Bereitschaftskreditvereinbarung. Die langsamen Fortschritte der Behörden von Bosnien und Herzegowina in Schlüsselbereichen sowie die Ereignisse vom 11. September haben die Unterzeichnung der neuen Bereitschaftskreditvereinbarung verzögert, die nun in den ersten Monaten 2002 zum Abschluss gebracht werden dürfte.

Die Auslandsverschuldung ist immer noch hoch (rund 55,7 % des BIP im Jahr 2001), was zum Teil auf die Übernahme erheblicher Altlasten des ehemaligen Jugoslawiens zurückzuführen ist. Der Schuldendienst im Verhältnis zu den Exporten ist jedoch vergleichsweise niedrig, da ein Großteil der Schulden zu vergünstigten Konditionen aufgenommen wurde und vorteilhafte Umschuldungsvereinbarungen getroffen wurden. Keine der Rating-Agenturen gibt Risikoindikatoren für Bosnien und Herzegowina an. Nach EBWE-Indikatoren für die Reformfortschritte in den mittel- und osteuropäischen Ländern war Bosnien und Herzegowina gegen Ende 2001 am unteren Ende der Skala einzuordnen, wenngleich gewisse Fortschritte bei der Privatisierung großer Unternehmen zu verzeichnen waren. Obwohl Bosnien und Herzegowina seine Auslandsschulden 2001 stets pünktlich bedient hat, ist das Länderrisiko wegen der hohen Auslandsverschuldung und des hohen Leistungsbilanzdefizits in Verbindung mit der erwarteten rückläufigen

Entwicklung der Auslandsfinanzierung nach wie vor erheblich. Die Mechanismen, die die Transfers der Teilstaaten an den Staat zur Bedienung der Schulden regeln, müssen verbessert werden.

3.2. Bundesrepublik Jugoslawien

Ein Jahr nach dem politischen Wandel, der sich Ende 2000 in der Bundesrepublik Jugoslawien vollzogen hat, haben die Behörden bei der Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität, der Liberalisierung des Wechselkurs-, des Preis- und des Handelssystems sowie bei der Verbesserung des Marktvertrauens im Rahmen der vom IWF unterstützten Programme erhebliche Fortschritte erzielt. Das reale BIP wuchs im Jahr 2001 um rund 5,5 % (einschließlich des rund 3,5%igen Wachstums in Montenegro). Auch 2001 wurde eine restriktive Geldpolitik verfolgt, und die Ausweitung der Geldbasis um 30 % war vor allem auf Käufe der Nationalbank Jugoslawiens auf den Devisenmärkten zurückzuführen. Die Inflationsrate, die Ende 2000 noch bei 115 % gelegen hatte, verringerte sich ganz erheblich auf rund 40 % Ende 2001 (in Montenegro erreichte sie 25 % nach 22 % im Jahr 2000), und das konsolidierte Staatsdefizit (vor Zuschüssen) konnte auf 2,4 % des BIP begrenzt werden, während das ursprüngliche Programmziel bei 6,1 % gelegen hatte.

Die Zahlungsbilanz wies 2001 ein zunehmendes Handelsbilanzdefizit von schätzungsweise 3 000 Mio. USD auf. Das Leistungsbilanzdefizit wurde dagegen durch hohe Überweisungen aus dem Ausland und Einnahmen aus Dienstleistungen auf rund 1 075 Mio. USD (vor Zuschüssen) begrenzt. Nach vorläufigen Zahlungsbilanzprojektionen der Behörden für 2002 wird sich das Leistungsbilanzdefizit infolge der Erhöhung des Schuldendienstes sowie der vom Ausland finanzierten projektbezogenen Einfuhren auf rund 1 500 Mio. USD (vor Zuschüssen) belaufen. Der Dinar blieb stabil bei 30 YUM für 1 DEM, während die Bruttowährungsreserven im Januar 2002 rund 1 300 Mio. USD erreichten (gegenüber 605 Mio. USD im Januar 2001).

Bei der Umstrukturierung der hohen Auslandsschulden der Bundesrepublik Jugoslawien, die Ende 2001 bei ca. 12,2 Mrd. USD bzw. 140 % des BIP lagen, wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Was die multilateralen Schulden anbelangt, so hat die Bundesrepublik Jugoslawien ihre Zahlungsrückstände gegenüber IWF und EIB in vollem Umfang beglichen und eine Umschuldungsvereinbarung mit der Weltbank geschlossen. Die Vereinbarung zwischen dem Pariser Club und der Bundesrepublik Jugoslawien stellt ebenfalls ein wichtiges Element zur Förderung einer tragfähigen außenwirtschaftlichen Position des Landes dar. Sie sieht die schrittweise Senkung des Netto-Gegenwartswerts der Verpflichtungen gegenüber den Gläubigerländern des Pariser Clubs (ca. 4,5 Mrd. USD) um 66 % bis zum Jahr 2005 und die Umschuldung des restlichen Schuldenbetrags über einen Zeitraum von 22 Jahren mit 6 tilgungsfreien Jahren vor. Die vereinbarte Hilfe ist an die Auflage geknüpft, dass die Bundesrepublik Jugoslawien eine neue dreijährige Bereitschaftskreditvereinbarung im Rahmen der Erweiterten Fondsfazilität aushandelt und erfolgreich umsetzt. Die Regierung hofft, Anfang 2002 bilaterale Vereinbarungen mit den Gläubigerländern des Pariser Clubs schließen zu können und bemüht sich aktiv um eine ähnliche Vereinbarung mit den Gläubigerländern des Londoner Clubs. Abgesehen von den Verbindlichkeiten gegenüber EIB und Weltbank haben Serbien und Montenegro bisher keine politische Vereinbarung zur Aufteilung der Auslandsverbindlichkeiten getroffen. Beide Republiken haben jedoch in ihren

Haushalten für 2002 Mittelbindungen für den Schuldendienst vorgenommen, die sie als konservativ betrachten.

3.3. Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien

Infolge der in der ersten Jahreshälfte verzeichneten sicherheitspolitischen Krise sank das BIP deutlich um rund 4,6 %. Die öffentlichen Finanzen wiesen 2001 ein Defizit von schätzungsweise rund 6,7 % des BIP auf. Die Arbeitslosigkeit blieb mit 29,5 % Ende 2001 sehr hoch und spiegelt das niedrige Produktionsniveau wider. Trotz der Krise konnte sich das Land eine gewisse makroökonomische Stabilität erhalten. Dank einer auf der Wechselkursanbindung an den Euro beruhenden konservativen Geldpolitik, welche das Land davor bewahrte, in eine Spirale hoher Inflation zu geraten, verharrte die Verbraucherpreisinflation 2001 bei rund 5,3 %.

Durch die Krise wurde der Außenhandel stark beeinträchtigt. Im Vergleich zu 2000 war der Importrückgang (-348 Mio. USD) stärker als der Exportrückgang (-161 Mio. USD), so dass sich das Handelsbilanzdefizit verringerte (-187 Mio. USD). Dagegen stieg das Leistungsbilanzdefizit drastisch an und erreichte 10,6 % des BIP. Vor allem dank hoher Privatisierungseinnahmen aus dem Verkauf einer 51%igen Beteiligung an der Telekommunikationsgesellschaft blieb das Volumen der Hartwährungsreserven mit rund 779 Mio. USD am Jahresende - das entspricht den Ausfuhren von 4,9 Monaten - beträchtlich.

Nachdem die Auflagen des vorhergehenden IWF-Programms seit dem Frühjahr nicht mehr eingehalten worden waren, erzielten die Behörden Ende 2001 mit dem IWF eine Einigung über ein von IWF-Mitarbeitern überwachtes Programm („Staff Monitored Programme“) mit einer Laufzeit von sechs Monaten, das einen makroökonomischen Rahmen festlegt (und am 1. Januar 2002 anlief). Die Behörden haben darauf hingewiesen, dass sie das Ziel verfolgen, noch im Laufe des Jahres 2002 mit dem IWF eine neue Vereinbarung über eine erweiterte Kredittranche zu schließen.

Ende 2001 belief sich die Auslandsverschuldung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Verhältnis zum BIP auf 39 %, und das Land kam seinen Schuldendienstverpflichtungen nach. Alles in allem war das Länderrisiko in der zweiten Jahreshälfte 2001 nach wie vor hoch. Wirtschaftlich gewährleistet das „Staff Monitored Programme“ eine bessere Finanzdisziplin und ist der erste Schritt zu einer ehrgeizigeren Vereinbarung. Politisch wurden bedeutende Fortschritte erzielt, wie die am 13. August unterzeichnete Rahmenvereinbarung, die die Grundlage für eine friedliche Lösung schafft, die am 16. November erfolgte Verabschiedung der Verfassungsänderungen durch das Parlament und das im Januar 2002 verabschiedete Gesetz über die lokale Selbstverwaltung. Neueren Informationen zufolge setzen sich die ethnischen Spannungen jedoch fort, und die Lage ist weiter labil.

4. NEUE UNABHÄNGIGE STAATEN

4.1. Armenien

Die Wachstumsrate der armenischen Wirtschaft erreichte 2001 den Rekordwert von ca. 9 % (gegenüber 6 % im Jahr 2000). Das Wachstum wurde sowohl durch die Exporte als auch durch die Inlandsausgaben gestützt. Die Exporte wuchsen um 14 %, während das

Importniveau gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert blieb. Dagegen stieg der Einzelhandelsabsatz um 13 %. Da Armenien kaum Verbindung zu den Weltmärkten hat, wurde das Land von dem derzeitigen Konjunkturabschwung nicht berührt.

Im Jahr 2001 stiegen die Haushaltseinnahmen mit der verbesserten Steuererhebung, doch setzte sich diese positive Entwicklung im Verlaufe des Jahres nicht weiter fort, und gegen Ende des Jahres kam es zu Problemen beim Haushaltsvollzug. Die Einnahmenerhöhungen versetzten die Regierung in die Lage, die Zahlungsrückstände bei den Renten teilweise abzubauen. Das Staatsdefizit ist im Jahr 2001 nicht nennenswert zurückgeführt worden, und man geht davon aus, dass es bei fast 5 % des BIP verharrete. Die Geldpolitik wurde im Jahr 2001 allmählich gelockert, und die Verbraucherpreisinflation stieg von 0,4 % im Jahr 2000 auf 2,9 % im Jahr 2001 an, blieb damit jedoch weiterhin unter den projizierten 3,5 %. Der armenische Dram (AMD) war im Jahr 2001 mit einem Wechselkurs von etwa 560 AMD für 1 USD recht stabil. Das Leistungsbilanzdefizit (einschließlich Transferleistungen) hat sich im Jahr 2001 geringfügig auf 11 % des BIP verringert (von 14 % des BIP im Jahr 2000). Die Bruttowährungsreserven decken nach wie vor den Einfuhrbedarf von über drei Monaten und bewegen sich damit in einer komfortablen Höhe. Die Auslandsverschuldung belief sich Anfang 2001 auf rund 860 Mio. USD (rund 45 % des BIP) und hat sich im Laufe des Jahres nicht nennenswert verändert. Ende des Jahres handelte Armenien mit Russland eine Vereinbarung über einen Debt-Equity-Swap für seine Schulden von 94 Mio. USD aus. Diese Vereinbarung tritt 2002 in Kraft.

4.2. Belarus

Das reale BIP ist in den zwölf Monaten bis September 2001 um 3 % gewachsen. Trotz der Wachstumsfortschritte in der Industrie zeigen die Industrieunternehmen in zunehmendem Maße Anzeichen von Schwäche, einschließlich zunehmender Lagerbestände und sinkender Gewinne. Die Inflation hat sich stark rückläufig entwickelt, und der Wechselkurs ist relativ stabil.

Langfristige Programme von geringer Glaubwürdigkeit bilden nach wie vor den Hauptbestandteil der Wirtschaftspolitik. Die Währungsbehörden haben die Inflation stark abgebaut und Wechselkursinstabilität verhindert, versorgen die Regierung, die, um das Haushaltsdefizit einzudämmen, im Inland Zahlungsrückstände hat auflaufen lassen, jedoch weiterhin mit Finanzmitteln. Auch wenn die internationalen Finanzinstitutionen die jüngsten politischen Maßnahmen zum Teil unterstützt haben, deutet nichts darauf hin, dass in Kürze mit konsequenten Darlehensprogrammen zu rechnen ist.

Seit dem ersten Quartal 2001 war die Exporttätigkeit schwach, da sich der Auslandsabsatz auf dem russischen Markt gegenüber dem Vorjahr rückläufig entwickelte und auf den Märkten der Nicht-GUS-Staaten nur mäßig erhöhte. Diese Entwicklung dürfte kaum durch eine Zunahme der Exporte in nicht traditionelle Märkte ausgeglichen werden; eine derartige Steigerung dürfte ohne eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Vermarktung und des Vertriebs der belarussischen Waren in Europa kaum zu realisieren sein, und die Chancen, dass das Land Investitionen in dem hierfür erforderlichen Umfang anziehen könnte, sind verschwindend gering. Durch Importverzicht und Importsubstitutionsprogramme, die sich derzeit in einer positiven Handelsbilanz niederschlagen, wird sich die Zunahme der Importnachfrage langfristig nicht eindämmen lassen. Im Ergebnis dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit mittelfristig beträchtlich ausweiten. Wegen der geringen Auslandsverschuldung (unter

10 % des BIP) ist die Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten jedoch nicht unmittelbar gefährdet.

4.3. Georgien

Mit einem realen BIP-Wachstum von 4,5 % (1,9 % im Jahr 2000) trat im Jahr 2001 eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums ein. Diese Entwicklung war vor allem der Landwirtschaft zuzuschreiben, die sich von der letztjährigen Dürre erholte. Dagegen ging die Industrieproduktion um 1 % zurück.

Das Staatsdefizit wurde erheblich verringert (von -7 % im Jahr 1999 auf -4 % im Jahr 2000 und -2 % in der ersten Jahreshälfte 2001). Da bei der Einnahmenerhebung enttäuschenden Ergebnisse erzielt wurden, wurde die Konsolidierung der Finanzen durch anhaltende Eindämmung der Ausgaben erreicht. Folglich war die Regierung nicht in der Lage, die aufgelaufenen Ausgabenrückstände bei den Sozialleistungen wie geplant zu verringern. Die Gesamteinnahmen des Staates stiegen geringfügig auf ca. 14,5 % des BIP, womit das Land immer noch eine der niedrigsten Einnahmenquoten in der Region verzeichnet.

Die Währungsbehörden hielten an ihrer Zusage fest, sich weiterhin für eine niedrige Inflation einzusetzen. Die Verbraucherpreisinflation war mit 3,4 % am Jahresende (4,6 % Ende 2000) geringfügig niedriger als erwartet. Der nominale Wechselkurs des Lari sank 2001 um ca. 7 %, zuerst im Zusammenhang mit der Finanzkrise in der Türkei und danach infolge der Absetzung der Regierung im November 2001. Am Ende des Jahres lag der Wechselkurs des Lari bei ca. 2,15 GEL für 1 USD. Im Jahr 2001 weitete sich das Leistungsbilanzdefizit (einschließlich offizieller Transferleistungen), das im Vorjahr 5,5 % des BIP betragen hatte, noch geringfügig aus. Die ausländischen Direktinvestitionen sind nach der Zunahme im Jahr 2000 wieder gesunken, und bei der insgesamt ungünstigen Entwicklung des Investitionsklimas ist für 2002 kaum mit einer Umkehr des derzeitigen negativen Trends zu rechnen. Die Devisenreserven nahmen geringfügig zu, verharren jedoch bezogen auf den Einfuhrbedarf auf einem niedrigen Niveau (sie entsprechen dem Einfuhrbedarf von weniger als 1,5 Monaten). Die Auslandsverschuldung Georgiens belief sich am Jahresende auf knapp 1,7 Mrd. USD (rund 52 % des BIP). Nach Abschluss der Vereinbarung mit dem Pariser Club im März 2001 wurden die bilateralen Gespräche mit den Gläubigern fortgesetzt. Alle bilateralen Gespräche dürften Anfang 2002 abgeschlossen sein; das gilt auch für die Gespräche mit Turkmenistan, dem größten nicht zum Pariser Club gehörenden Gläubigerland.

4.4. Republik Moldau

Das reale BIP-Wachstum der Republik Moldau dürfte in diesem Jahr wiederum mäßig ausfallen und mit 4-5 % in etwa dem des Vorjahres entsprechen; es wird jedoch durch die langsamen Reformfortschritte und die fehlende Diversifizierung der Wirtschaft behindert. Die relativ niedrige Inflation und die geringfügige Währungsschwäche werden einer weiteren realen Aufwertung entgegenstehen. Das Leistungsbilanzdefizit wird mit 5-7 % des BIP hoch bleiben. Seit dem vierten Quartal 2001 ist die Finanzpolitik erheblich gelockert worden.

Die Auslandsverschuldung des Landes ist in den letzten acht Jahren enorm gestiegen. Sie beträgt nun 1,5 Mrd. USD, oder 120 % des BIP. Nur 9 % dieser Gelder wurden in die

Wirtschaft investiert, der Rest wurde zur Deckung der Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite verwendet.

2001 hat die Republik Moldau 110 Mio. USD für die Bedienung ihrer Auslandsschulden ausgegeben; dies entspricht einem Drittel der Haushaltseinnahmen. In Anbetracht der Tatsache, dass die Verbindlichkeiten 2002 - mit fälligen Tilgungszahlungen in Höhe von 200 Mio. USD - Rekordhöhen erreichen, wird die Regierung gezwungen sein, nach weiteren Umschuldungsmöglichkeiten zu suchen. Die Struktur der Auslandsschulden - je 20 % gegenüber IWF, Weltbank, dem russischen Gasmonopolisten Gazprom und den Gläubigerländern des Pariser Clubs, während sich der Rest auf eine Reihe multilateraler und kleiner bilateraler Gläubiger verteilt - schließt die Möglichkeit einer raschen, umfassenden Umschuldung aus. Schon im Jahr 2001 hat sich die Zahlung als schwierig erwiesen. Die Republik Moldau hatte Mühe, im Juni einer Eurobond-Zahlung in Höhe von 3,7 Mio. USD nachzukommen. Das Parlament verpflichtete die Zentralbank sogar, eine Kreditlinie über 30 Mio. USD für die Rückzahlung der Auslandsschuld zu eröffnen. Dies schlug sich in zunehmend negativen externen Bewertungen nieder. Die Rating-Agentur Moody's stufte das Rating des Landes für Fremdwährungsschulden auf Caa1 und sein Rating für Bankeinlagen auf Caa2 herab, während Fitch nur eine minimale Chance für eine fristgerechte Tilgung einer Eurobond-Anleihe im Umfang von 75 Mio. USD sieht.

Die Behörden der Republik Moldau suchten im März 2002 um ein Treffen mit den Gläubigerländern des Pariser Clubs nach, in der Hoffnung, eine Umschuldungsvereinbarung auszuhandeln. Dies erfordert jedoch eine Wiederaufnahme ihres IWF-Programms, die an eine Neuaushandlung der für die Verbindlichkeiten der Republik Moldau gegenüber Gazprom geltenden Konditionen und insbesondere die Aufkündigung der früher gewährten staatlichen Bürgschaft geknüpft ist.

4.5. Tadschikistan

Das reale BIP ist im Jahr 2001 Schätzungen zufolge um 6 % gestiegen (8,3 % im Jahr 2000). Das Wirtschaftswachstum hat neben dem Baumwoll- und dem Aluminiumsektor, die eine dominierende Stellung einnehmen, nach und nach auch andere Sektoren der Wirtschaft (wie Nahrungsmittelverarbeitung, Forstwirtschaft und Baumaterialien) erfasst. Die Aluminiumproduktion zog weiter an, und auch die Baumwollernte war gut, doch dämpften die rückläufigen Weltmarktpreise in beiden Sektoren die Ergebnisse. Die Auswirkungen der Dürrekatastrophe, von der die Region 2000-2001 heimgesucht wurde, sind noch immer spürbar. Die Getreideernte litt auch weiterhin unter der Dürre, die auch die Stromerzeugung beeinträchtigte, so dass zunehmende Nettostromeinfuhren erforderlich wurden.

Das Staatsdefizit betrug Schätzungen zufolge im Jahr 2001 rund 0,5 % des BIP (und entsprach damit in etwa demjenigen von 2000). Die Verschlechterung der Terms of Trade, die Dürre und die zusätzlichen Sicherheitsausgaben (im Zusammenhang mit der Lage im benachbarten Afghanistan) führten 2001 zu zusätzlichen Haushaltsbelastungen.

Das Leistungsbilanzdefizit (das im Jahr 2000 6,3 % betragen hat) dürfte sich im Jahr 2001 auf rund 7 % des BIP erhöht haben. Der grenzüberschreitende Handel wurde durch zunehmende Schwierigkeiten an den Grenzen beeinträchtigt. Nach wie vor entfallen bis zu 65 % aller Exporteinnahmen auf Aluminium und Baumwolle, so dass die Handelsbilanz sehr empfindlich auf Schwankungen der Weltrohstoffpreise reagiert.

Nach der Straffung der Geldpolitik sank die Inflationsrate rasch auf rund 10 % in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 (von durchschnittlich 33 % im Jahr 2000). Der tadschikische Somoni, der nach seiner Einführung im Oktober 2000 zuerst an Wert verloren hatte, stabilisierte sich 2001. Tadschikistans Auslandsverschuldung blieb im Jahr 2001 mit rund 1,3 Mrd. USD (schätzungsweise 116 % des BIP) im Großen und Ganzen konstant. Das Verhältnis des Netto-Gegenwartswerts der Auslandsverschuldung zu den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben betrug 2001 rund 400 Prozent. Die Bruttowährungsreserven der Nationalbank decken den Einfuhrbedarf von weniger als 2½ Monaten.

4.6. Ukraine

Trotz des nachlassenden Weltwirtschaftswachstums konnte die Ukraine in den ersten elf Monaten des Jahres 2001 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein reales BIP-Wachstum von 9 % verzeichnen. Auf der Angebotsseite wurde das Wachstum von der industriellen und der landwirtschaftlichen Produktion angekurbelt, wobei letztere von einer weiteren außergewöhnlichen Getreideernte profitierte. Nachfrageseitig ging das Wachstum vor allem von den Verbraucherausgaben und Investitionen aus. Infolge der nachlassenden Nachfrage Russlands und anderer wichtiger Handelspartner sind jedoch gewisse Anzeichen einer Wachstumsverlangsamung zu erkennen. Für das Jahr 2002 wird wegen der negativen Auswirkungen eines rückläufigen realen Wechselkurses auf die Nettoexporte sowie der geringen Wahrscheinlichkeit, dass sich die günstigen klimatischen Bedingungen der beiden letzten Jahre wiederholen werden, mit einer Wachstumsabschwächung auf rund 5 % gerechnet.

Trotz der Belebung der Wirtschaftstätigkeit hat sich die Inflation rückläufig entwickelt. Die Verbraucherpreisinflation, die noch im Juli 2000 eine Rekordhöhe von 32 % erreicht hatte, lag im November 2001 nur um 4,5 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau und erreichte damit den niedrigsten Stand seit der Unabhängigkeit. Der Inflationsrückgang ist auf das Zusammenspiel verschiedener Faktoren zurückzuführen, unter anderem die moderate nominale Aufwertung der Griwna, die umsichtige Finanzpolitik, die guten Ernten der Jahre 2000 und 2001 und die niedrigeren Ölpreise. Infolge des steilen Anstiegs der Reallöhne und Renten und des raschen Wachstum der Geldmengenaggregate dürfte die Inflation im Jahr 2002 jedoch wieder ansteigen. Im Dezember 2001 wurde die Geldpolitik weiter gelockert, als die Zentralbank ihren Refinanzierungssatz (der Ende 2000 bei 27 % gelegen hatte) zum sechsten Mal im Jahr 2001 senkte, und zwar von 15 % auf 12,5 %.

Das konsolidierte Staatsdefizit erreichte 2001 1,5 % des BIP. Im Haushalt für 2002, in dem wie vom IWF gefordert ein Defizit von 1,8 % des BIP projiziert ist, wird jedoch weder der Notwendigkeit, die Rückstände bei den MwSt-Erstattungen zu begleichen, noch den Kosten der vom Parlament beschlossenen Wiedereinführung von Privilegien für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Wohnungswesen, Transport und kommunale Dienstleistungen) Rechnung getragen.

Die Strukturreformfortschritte, und insbesondere der Privatisierungsprozess, verlangsamten sich in der zweiten Jahreshälfte 2001 erheblich. Allerdings sind inzwischen einige vielversprechende Schritte eingeleitet worden, wie der Entzug der Zulassung der Banka Ukraina - einer zahlungsunfähigen staatseigenen Bank - die Einführung eines neuen Bodengesetzes und die Verbesserung der Gebühreneintreibung im Stromsektor.

Da die Inlandsnachfrage ein weiterhin starkes Importwachstum bedingt und sich das Exportwachstum infolge der schwächeren Auslandsnachfrage und des Anstiegs des realen Wechselkurses verlangsamt, verringert sich der Leistungsbilanzüberschuss. Schätzungen zufolge ist der Überschuss von 4,7 % des BIP im Jahr 2000 auf rund 3 % des BIP im vergangenen Jahr geschrumpft und wird sich voraussichtlich weiter auf rund 1½ % des BIP im laufenden Jahr verringern. Obgleich die Leistungsbilanz weiterhin einen Überschuss aufweist, ist die Zahlungsbilanz nach wie vor anfällig. Im Zuge der Russlandkrise von 1998 verlor das Land den Zugang zu den internationalen Anleihemärkten, und die ausländischen Direktinvestitionen sind nach wie vor enttäuschend. Vor diesem Hintergrund sind die amtlichen Währungsreserven weiterhin niedrig (Ende Juni 2001 rund 2,9 Mrd. USD, das entspricht dem Einfuhrbedarf von 7,5 Wochen), auch wenn seit dem Frühjahr 2000 ein Aufwärtstrend erkennbar ist. Der Pariser Club stimmte im vergangenen Juli einer Umschuldung der ukrainischen Schulden zu. Der IWF ließ seine Erweiterte Fondsfazilität (EFF) im Herbst 2001 wieder aufleben, doch haben Meinungsverschiedenheiten über den Haushalt den Abschluss der 7. Überprüfung des Programms verzögert, die ursprünglich auf Januar 2002 terminiert worden war. Die Auslandsschulden der Ukraine beliefen sich Ende 2001 auf rund 30 % ihres BIP.

5. ANDERE DRITTLÄNDER

5.1. Algerien

Das durch die wenig dynamische Entwicklung außerhalb des Erdölsektors bedingte schwache Wachstum im Jahr 2001 veranlasste die Regierung, einen wirtschaftlichen Sanierungsplan (2001-2004) durchzuführen, um die Nachfrage und arbeitsintensive Dienstleistungen anzukurbeln, die öffentliche Infrastruktur zu modernisieren und die Humanressourcen zu entwickeln. Das Gesamtpaket beläuft sich in etwa auf 13 % des BIP über 4 Jahre und wird vorübergehend zur Wachstumsbelebung beitragen. Im Jahr 2001 lag das BIP-Wachstum bei rund 3 %. Bei einer Verbraucherpreisinflation von durchschnittlich 3,4 % blieb die Preisentwicklung gedämpft, und wegen der hohen Einnahmen aus dem Erdölsektor wiesen die öffentlichen Finanzen 2001 trotz der durch den Sanierungsplan bedingten höheren Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte weiterhin einen Überschuss (von schätzungsweise 4 % des BIP) auf.

In Anbetracht der beträchtlichen Größe des Kohlenwasserstoffsektors (95 % der Exporte, 30 % des BIP) haben Schwankungen bei den Öl- und Gaspreisen weiterhin erhebliche Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz. Bei einem durchschnittlichen Ölpreis von 24 USD je Barrel blieb die Zahlungsbilanzposition trotz der Ölpreisschwäche nach dem 11. September auch im Jahr 2001 kräftig. Der Leistungsbilanzüberschuss belief sich 2001 auf 8,6 % des BIP, gegenüber 17 % des BIP im Jahr 2000, so dass die amtlichen Währungsreserven auf 18 Mrd. USD aufgestockt werden konnten und somit Ende des Jahres den Einfuhrbedarf von 17 Monaten deckten.

Die Verschuldung in Relation zum BIP verbesserte sich auf 40 % Ende 2001, gegenüber 48 % im Jahr 2000. Dagegen verschlechterte sich die Schuldendienstquote im Jahr 2001 infolge der geringeren Exporttätigkeit auf 26 %. Die Regierung hat ihre Absicht bekundet, eine umsichtige Schuldenpolitik zu verfolgen und die Fälligkeitsstruktur der bestehenden Schulden langfristiger zu gestalten.

In den beiden letzten Monaten des Jahres 2001 hatte Algerien unter Naturkatastrophen (Überschwemmungen) und zunehmenden inneren Unruhen zu leiden. Der Erdölmarkt wird auch weiterhin die größten Auswirkungen auf die Finanzprobleme und die Risikoentwicklung haben. Seit dem 11. September hat sich die Lage ungünstig entwickelt. Die Ölpreise sind gesunken und entgegen entsprechenden Erwartungen nicht wieder angestiegen. Trotz der vereinbarten Produktionssenkungen ist die Gesamtnachfrage nach wie vor schwach und wird mit weiteren Preissenkungen gerechnet. Dies wird die öffentliche Finanzlage und die außenwirtschaftliche Position beeinträchtigen, auch wenn der Öl-Stabilisierungsfonds dazu beitragen dürfte, die Auswirkungen abzufedern. Dank der innenpolitischen Erfolge ist die algerische Wirtschaft jedoch nun besser in der Lage, außenwirtschaftliche Schocks wie niedrigere Ölpreise zu überstehen.

Abkürzungen

BIP	Bruttoinlandsprodukt
DEM	Deutsche Mark
EFF	Extended Fund Facility - Erweiterte Fondsfazilität
EG	Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EU	Europäische Union
EUR	Euro
FDI	Direktinvestitionen im Ausland
IWF	Internationaler Währungsfonds
SBA	Bereitschaftskreditvereinbarung
USD	US-Dollar

ANHANG

1. ERLÄUTERUNGEN ZUR SITUATION DER AUS DEM GEMEINSCHAFTSHAUSHALT GARANTierten RISIKEN

1.1. Erläuterung der Tabellen 1 bis 3

Die Tabellen 1 bis 3 geben einen schematischen Überblick über die garantierten Kapitalverbindlichkeiten und die jährlichen Rückzahlungen an Kapital und Zinsen im Zusammenhang mit Anleihen und Darlehen, die für den Haushaltsplan ein Risiko darstellen. Die angeführten Zahlen entsprechen dem potenziellen Höchstisiko, das für die Gemeinschaft mit diesen Transaktionen verbunden ist; sie sind nicht dahingehend zu interpretieren, dass der Haushalt tatsächlich in Höhe dieser Beträge in Anspruch genommen werden muss. So steht noch nicht einmal fest, ob alle in Tabelle 3 aufgeführten Transaktionen auch wirklich bis zum Auszahlungsstadium gelangen.

1.1.1. *Genehmigte Darlehenshöchstbeträge (Tabelle 1)*

Hierbei handelt es sich um die Summe der für jede vom Rat beschlossene Transaktion genehmigten Kapitalhöchstbeträge (Plafonds).

Zur Ermittlung des damit verbundenen Risikos für den Haushalt sind die folgenden Elemente zu berücksichtigen, die sich gegenläufig auf dieses Risiko auswirken:

- Erhöhung des Risikos: Hier ist dem Kapitalhöchstbetrag der genehmigten Darlehen der Betrag der auf diese Darlehen anfallenden Zinsen hinzuzurechnen.
- Minderung des Risikos:
 - Begrenzung der der EIB gewährten Garantie auf 75 % der unterzeichneten Darlehen an die Länder des Mittelmeerraums;
 - Begrenzung der der EIB gewährten Garantie auf 70 % der Darlehen, die im Rahmen der mit Ratsbeschluss vom 14. April 1997 genehmigten Transaktionen mit bestimmten Drittländern unterzeichnet werden, sowie Risikoteilung zwischen der Gemeinschaft und der EIB, wobei die Haushaltsgarantie in einzelnen Fällen nur die politischen Risiken deckt;
 - Begrenzung der der EIB gewährten Garantie auf 65 % der Darlehen, die im Rahmen der mit Ratsbeschluss vom 22. Dezember 1999 genehmigten Transaktionen mit bestimmten Drittländern unterzeichnet werden, sowie Risikoteilung zwischen der Gemeinschaft und der EIB, wobei die Haushaltsgarantie in einzelnen Fällen nur die politischen Risiken deckt;
 - bereits erfolgte Rückzahlungen, da es sich außer im Falle der Darlehen zur Stützung der Zahlungsbilanzen (Mitgliedstaaten) um genehmigte Darlehenshöchstbeträge und nicht um Obergrenzen der ausstehenden Beträge handelt;

- die Tatsache, dass die genehmigten Beträge nicht unbedingt voll ausgeschöpft werden.

1.1.2. Ausstehende Anleihe-/Darlehensbeträge (Tabelle 1)

Hierbei handelt es sich um die Kapitalbeträge, die von den Schuldern im Rahmen der ausgezahlten Transaktionen zu einem bestimmten Zeitpunkt noch zurückzuzahlen sind.

Im Gegensatz zu der vorstehend genannten Gesamtgröße sind in diesem Betrag weder die noch nicht ausgezahlten Darlehen noch der Anteil der ausgezahlten Darlehen die bereits zurückgezahlt wurden erfasst. Dieser Begriff entspricht gewissermaßen den zu einem gegebenen Zeitpunkt „laufenden“ Darlehen.

1.1.3. Betrag der jährlichen Risiken (Tabellen 2 und 3)

Hierbei handelt es sich um eine Schätzung des in jedem Haushaltsjahr fälligen Kapital- und Zinsbetrags.

Berechnet wird dieser Betrag

- a) entweder nur für die ausgezahlten Darlehen (Tabelle 2); in diesem Fall deckt sich der zurückzuzahlende Kapitalbetrag mit dem ausstehenden Kapitalbetrag;
- b) oder aber für bereits ausgezahlte Darlehen ebenso wie für beschlossene, aber noch nicht ausgezahlte Darlehen und für von der Kommission vorgeschlagene, aber noch nicht beschlossene Darlehen (Tabelle 3).

In diesem Fall entspricht der zurückzuzahlende Kapitalbetrag dem genehmigten Darlehenshöchstbetrag, gegebenenfalls zuzüglich des Betrags der von der Kommission vorgeschlagenen, aber noch nicht beschlossenen Darlehen.

1.2. Übersicht über die Darlehenstransaktionen, für die eine Garantie aus dem Haushalt gewährt wird

Tabellen 5a, 5b(1), 5b(2) und 6.

TABELLE 5a

Anleihen/Darlehen zugunsten der Mitgliedstaaten

Entwicklung der Darlehensbeträge im Berichtszeitraum

in Mio. EUR

LAND	Nummer des Beschlusses	Datum des Beschlusses	Laufzeit des Darlehens (Jahre)	Stand der Darlehen - abgeschlossen (a) - teilweise ausgezahlt (b) - vollständig ausgezahlt (c) - noch nicht ausgezahlt (d)	Genehmigte Beträge	Ausstehende Beträge zum 1.7.2001	Im abgelaufenen Halbjahr abgewickelte Transaktionen		Ausstehende Beträge zum 31.12.2001
							Ausgezahlte Beträge	Getilgte Beträge	
ITALIEN	93/67/EWG	18.01.93			8.000,00	0,00		0,00	0,00
			6	(c)	2.000,00				
			6	(c)	2.000,00				
			-	(d)	2.000,00				
EURATOM	77/270-271/Euratom	29.03.77			4.000,00	40,00	0,00	0,00	40,00
			(3)	(c)	500,00				
				(c)	500,00				
				(c)	1.000,00				
				(b)(4)	1.000,00				
				(d)(4)	1.000,00				
					1.000,00				
NGI	78/870/EWG	16.10.78			6.830,00	89,10		83,50	18,90
			(3)	(c)	1.000,00				
				(c)	1.000,00				
				(c)	80,00				
				(c)	1.000,00				
				(c)	3.000,00				
				(c)	750,00				
				(c)					
INSGESAMT					18.830,00	129,10	0,00	83,50	58,90 ⁽⁵⁾

(1) Sonderhilfe für den Wiederaufbau der vom Erdbeben im Jahr 1980 betroffenen Gebiete in Italien.

(2) Sonderhilfe für den Wiederaufbau der vom Erdbeben im Jahr 1981 betroffenen Gebiete in Griechenland.

(3) Langfristige Darlehen, bei denen die Fälligkeitsdaten nach Maßgabe der Auszahlungsdaten festgesetzt werden.

(4) Der Rat hat im Wege des Beschlusses 94/179/Euratom vom 21. März 1994 verfügt, dass auch Vorhaben in bestimmten Drittländern durch Euratom-Darlehen mitfinanziert werden können.

(5) Differenz infolge von Schwankungen des Wechselkurses anderer Währungen gegenüber dem Euro.

TABELLE 5b (1)

Darlehen im Rahmen von Finanzhilfen für Drittländer
Entwicklung der Darlehensbeträge im Berichtszeitraum - aufgeschlüsselt nach Empfängerländern und Darlehenstranchen

LAND	Nummer des Beschl.	Datum des Beschl.	Laufz. des Darl. (Jahre)	Fällig- keit	Stand der Darlehen - abgeschlossen (a) - teilw. ausgezahlt (b) - vollständig ausgez. (c) - noch nicht ausgez. (d)	Genehm. Beträge	Ausstehende Beträge zum 1.7.2001	in Mio. EUR Im abgelaufenen Halbjahr abgewickelte Transaktionen		Ausstehen- de Beträge zum 31.12.2001
								Ausgezahlte Beträge	Getilgte Beträge	
BULGARIEN II	92/511/EWG	19.10.92				110,00				
1. Tranche			7	07.12.2001	(c)	70,00	70,00		70,00	0,00
2. Tranche			7	29.08.2003	(c)	40,00	40,00			40,00
BULGARIEN III	97/472/EG	22.07.97				250,00				
1. Tranche			10	10.02.2008	(c)	125,00	125,00			125,00
2. Tranche			10	22.12.2008	(c)	125,00	125,00			125,00
BULGARIEN IV	99/731/EG	08.11.99				100,00				
1. Tranche			10	21.12.2009	(c)	40,00	40,00			40,00
2. Tranche			-	-	(c)	60,00	60,00			60,00
RUMÄNIEN II	92/551/EWG	27.11.92	7	26.02.2000	(a)	80,00				0,00
RUMÄNIEN III	94/369/EG	20.06.94				125,00				
1. Tranche			7	20.11.2002	(c)	55,00	55,00			55,00
2. Tranche			7	20.11.2004	(c)	70,00	70,00			70,00
RUMÄNIEN IV	99/732/EG	08.11.99				200,00				
1. Tranche			10	29.06.2010	(c)	100,00	100,00			100,00
2. Tranche			-	-	(d)	100,00	0,00			0,00
BALTISCHE STAATEN	92/542/EWG	23.11.92				220,00				
ESTLAND						40,00				
1. Tranche			7	31.03.2000	(a)	20,00	0,00			0,00
2. Tranche			-	-	(d)	20,00	0,00			0,00
LETTLAND						80,00				
1. Tranche			7	31.03.2000	(a)	40,00	0,00			0,00
2. Tranche			-	-	(d)	40,00	0,00			0,00
LITAUEN						100,00				
1. Tranche			7	27.07.2000	(a)	50,00	0,00			0,00
2. Tranche			7	16.08.2002	(b)	50,00	25,00			25,00
EHEM. JUG. REP. MAZ. I	97/471/EG	22.07.97				40,00				
1. Tranche			15	27.09.2012	(c)	25,00	25,00			25,00
2. Tranche			15	13.02.2008	(c)	15,00	15,00			15,00
EHEM. JUG. REP. MAZ. II	99/733/EG					50,00				
1. Tranche					(c)	10,00	10,00			10,00
2. Tranche					(d)	40,00	0,00			0,00

TABLE 5b (2)

Darlehen im Rahmen von Finanzhilfen für Drittländer
Entwicklung der Darlehensbeträge im Berichtszeitraum - aufgeschlüsselt nach Empfängerländern und Darlehenstranchen

in Mio. EUR

LAND	Nummer des Beschl.	Datum des Beschl.	Laufz. des Darl. (Jahre)	Fälligkeit	Stand der Darlehen - abgeschlossen (a) - teilw. ausgezahlt (b) - vollständig ausgez. (c) - noch nicht ausgez. (d)	Genehm. Beträge	Ausstehende Beträge zum 1.7.2001	Im abgelaufenen Halbjahr abgewickelte Transaktionen		Ausstehende Beträge zum 31.12.2001
								Ausgezahlte Beträge	Getilgte Beträge	
BOSNIEN	99/325/EG	10.05.99				20,00				
1. Tranche			15	22.12.2014	(c)	10,00	10,00			10,00
2. Tranche			-	-	(c)	10,00	10,00			10,00
MOLDAU I	94/346/EG	13.06.94				45,00				
1. Tranche			10	07.12.2004	(c)	25,00	20,00		5,00	15,00
2. Tranche			10	08.08.2005	(c)	20,00	20,00		4,00	16,00
MOLDAU II	96/242/EG	25.03.96	10	30.10.2006	(c)	15,00	15,00			15,00
UKRAINE I	94/940/EG	22.12.94	10	28.12.2005	(c)	85,00	85,00		17,00	68,00
UKRAINE II	95/442/EG	23.10.95				200,00				
1/2 Tranche			10	29.08.2006	(c)	50,00	50,00			50,00
1/2 Tranche			10	30.10.2006	(c)	50,00	50,00			50,00
2. Tranche			10	30.10.2008	(c)	100,00	100,00			100,00
UKRAINE III	98/592/EG	15.10.98				150,00				
1. Tranche			10	30.07.2009	(c)	58,00	58,00			58,00
2. Tranche			-	-	(d)	92,00	0,00			0,00
BELARUS	95/132/EG	10.04.95				55,00				
1. Tranche			10	28.12.2005	(c)	30,00	30,00		6,00	24,00
2. Tranche			-	-	(d)	25,00	0,00			0,00
ALGERIEN I	91/510/EWG	23.09.91				400,00				
1. Tranche			5	15.12.1997	(a)	250,00	0,00			0,00
2. Tranche			7	17.08.2001	(c)	150,00	150,00		150,00	0,00
ALGERIEN II	94/938/EG	22.12.94				200,00				
1. Tranche			7	27.11.2002	(c)	100,00	100,00			100,00
2. Tranche			-	-	(d)	100,00	0,00			0,00
GEORGIEN	97/787/EG	17.11.97	15	24.07.2013	(c)	110,00	100,00			100,00
ARMENIEN	97/787/EG	17.11.97	15	30.12.2013	(c)	28,00	23,00			23,00
REP. D. EHEM. UdSSR	91/658/EWG	16.12.91	3	28.09.1997	-	1.250,00	0,00			0,00
TADSCHIKISTAN	2000/244/EG	20.03.00	15	30.03.2016	(b)	75,00	60,00			60,00
BR JUGOSLAWIEN	2001/549/EG	16.07.01	15	17.10.2016	(c)	225,00	0,00	225,00		225,00
INSGESAMT						4.253,00	1.641,00	225,00	252,00	1.614,00

TABELLE 6
GARANTIE FÜR EIB-DARLEHEN

in Mio. EUR

GEOGRAFISCHES GEBIET	Nummer des Beschlusses	Datum des Beschlusses	Garantie-satz	Datum des Garantie-vertrags	Genehmigte Beträge	Unterzeichnete Darlehen		Ausstehende Beträge	
						zum 1.7.2001	im Berichts-zeitraum	zum 1.7.2001	zum 31.12.2001
Mittelmeer - Finanzprotokolle (1)	R/1762/92/EWG	8.03.77	75% (2)	30.10.78/10.11.78	6062	5629	0	2429	2228
Mittelmeer - Horizont. Koop.		29.06.92	75% (2)	09.11.92/18.11.92	1800	1768	0	1625	1563
MITTELMEER - INSGESAMT					7862	7397	0	4054	3791
MOEL I	90/62/EWG(4)	12.02.90	100%	24.04.90/14.05.90	1000	(3)	0	654	(*)
	91/252/EWG(5)	14.05.91	100%	19.01.93/04.02.93	700	498	0	340	324
MOEL II	93/696/EG(6)	13.12.93	100%	22.07.94/12.08.94	3000	2792	0	2349	2256
Lateinamerika/Asien I	93/115/EWG	15.02.93	100%	04.11.93/17.11.93	750	621	0	529	495
Lateinamerika/Asien II	96/723/EG	12.12.96	100%	18.03.97/26.03.97	153	153	0	153	95
Lateinamerika/Asien II	96/723/EG	12.12.96	70%	21.10.97	122	122	0	118	135
Südafrika	95/207/EG	01.06.95	100%	04.10.95/16.10.95	300	300	0	285	214
Neue Mandate	97/256/EG(7)	14.04.97	70%	25.07.97/29.07.97	7105	7009	0	4118	4379
EJRM	98/348/EG	19.05.98	70%	29.07.98/07.08.98	150	150	0	53	61
Bosnien	98/729/EG	14.12.98	70%	16.06.99/22.06.99	100	100	0	0	4
Türkei	99/786/EG	29.11.99	65%	18.04.00/23.05.00	600	375	75	165	319
Mandate 2000-2007	2000/24/EG(8)	22.12.99	65%	19.07.00/24.07.00	19460	3167	1861	453	1114
Russisches Ostseebecken	2001/777/EG(9)	06.11.01	100%		100	0	0	0	0
INSGESAMT					41402	23597	1936	13271	13770

(1) Davon 1 500 Mio. EUR zugunsten Spaniens, Griechenlands und Portugals.

(2) Globalgarantie von 75 % für sämtliche Darlehen im Rahmen der betreffenden Transaktionen gemäß den zwischen der Gemeinschaft und der EIB geschlossenen Garantieverträgen vom 30.10.1978 und vom 10.11.1978. Überdies wird laut Beschluss des Rates vom 7. Oktober 1975 ausnahmsweise eine Garantie von 100 % für die Darlehen gewährt, die Portugal im Rahmen der Soforthilfe erhält.

(3) Der von der Gemeinschaft garantierte Teilbetrag beläuft sich auf 5 497 Mio. EUR, davon 141,5 Mio. EUR mit einer 100 %-Garantie für Portugal.

(4) Begünstigte Drittländer: Polen, Ungarn.

(5) Begünstigte Drittländer: Tschechische Republik und Slowakische Republik, Bulgarien, Rumänien.

(6) Begünstigte Drittländer: Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Slowakische Republik, Bulgarien, Rumänien, Baltische Staaten und Albanien.

(7) Begünstigte Drittländer: Mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika.

(8) Begünstigte Drittländer: Mittel- und osteuropäische Länder, Mittelmeerländer, Länder Lateinamerikas und Asiens, Südafrika.

(9) Darlehenssonderaktion im Rahmen der Nördlichen Dimension für ausgewählte Umweltprojekte im russischen Ostseebecken.

(*) Der ausstehende Betrag erhöht sich um 12,0 Mio. EUR an nicht gezahlten Kapitalfälligkeiten zum 31.12.2001

1.3. Voraussichtliche Unterzeichnungen und Auszahlungen von EIB-Darlehen

Die Zahlen, die als Berechnungsgrundlage für die Tabelle 3 (Darlehen der EIB an Drittländer aus eigenen Mitteln der Bank) dienten, wurden von der EIB selbst übermittelt.

Voraussichtliche Unterzeichnung von Darlehensverträgen

Zum Berichtszeitpunkt waren im Rahmen des vom Rat am 22. Dezember 1999 erteilten neuen Mandats für EIB-Darlehen (2000-2007) noch Darlehensverträge über insgesamt 14 433 Mio. € zu unterzeichnen. Dieser Betrag schlüsselt sich wie folgt auf:

Mio. €

Mittelmeerländer	4 969
Mittel- und Osteuropa	7 300
Asien und Lateinamerika	1 541
Ehem. jugosl. Rep. Mazedonien	623

Voraussichtliche Auszahlungen

Für die Auszahlung der noch zu unterzeichnenden Darlehen wurde die folgende zeitliche Staffelung zugrunde gelegt: Jahr der Unterzeichnung: 0 %; 2. Jahr: 10 %; 3. bis 5. Jahr: 25 % jährlich; 6. Jahr: 15 %.

Zum Berichtszeitpunkt standen von den bis dato im Rahmen des vom Rat am 22. Dezember 1999 erteilten neuen Mandats für EIB-Darlehen (2000-2007) unterzeichneten Darlehen noch 3 914 Mio. € zur Auszahlung an.

Dieser Betrag schlüsselt sich wie folgt auf⁶:

Mio. €

Mittelmeerländer	1 786
Mittel- und Osteuropa	1 622
Asien und Lateinamerika	306
Südafrika	200

1.4. Zahlungsmodalitäten für die Haushaltsgarantie

1.4.1 Bei Anleihen/Darlehen:

Bei Anleihe-/Darlehenstransaktionen nimmt die Gemeinschaft auf dem Kapitalmarkt Anleihen auf und gibt den Erlös in Form von Darlehen mit gleichen Zinssätzen und Laufzeiten an die Mitgliedstaaten (Zahlungsbilanzdarlehen), an Drittländer (mittelfristige Finanzhilfen) oder an Unternehmen (NGI, Euratom-Darlehen) weiter.

⁶ Dabei wird aufgrund der Auszahlungsquote von 25 % pro Jahr eine Auszahlung über einen Zeitraum von vier Jahren und eine durchschnittliche Darlehenslaufzeit von schätzungsweise 15 Jahren bei einer tilgungsfreien Zeit von drei Jahren unterstellt.

Die Rückzahlung dieser Darlehen erfolgt entsprechend den Fälligkeitsterminen der von der Kommission aufgenommenen Anleihen. Bei Säumigkeit des Darlehensempfängers ist die Kommission gezwungen, zum jeweiligen Fälligkeitsdatum die zur Tilgung der Anleihe erforderlichen Zahlungen aus Haushaltsmitteln vorzuleisten.

Die Mittel, die erforderlich sind, um bei Zahlungsverzug des Empfängers eines von der Gemeinschaft gewährten Darlehens die Garantie aus dem Haushaltsplan zu leisten, können wie folgt mobilisiert werden:

- a) durch vorübergehenden Rückgriff auf Kassenmittel gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1150/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 mit Durchführungsvorschriften zum Beschluss 94/728/EG, Euratom über das System der Eigenmittel der Gemeinschaften. Diese Methode kommt vorwiegend dann zum Einsatz, wenn die Gemeinschaft bei Säumigkeit eines Darlehensschuldners gezwungen ist, zum Fälligkeitstermin die zur Tilgung einer Anleihe erforderlichen Zahlungen umgehend vorzuleisten;
- b) hat der säumige Schuldner drei Monate nach dem Fälligkeitstermin die Zahlung noch immer nicht geleistet, nimmt die Kommission den Garantiefonds in Anspruch, um sich die verauslagten Kassenmittel erstatten zu lassen;
- c) im Wege einer Mittelübertragung, durch die die betreffende Garantielinie des Haushaltsplans mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet wird, um anstelle des säumigen Schuldners die fälligen Zahlungen zu leisten; dabei wird zunächst auf eventuell verfügbare Reservemittel zurückgegriffen. Diese Methode wird in Anspruch genommen, wenn der Garantiefonds keine ausreichenden Mittel aufweist, und erfordert die vorherige Genehmigung der Haushaltsbehörde;
- d) durch Wiederverwendung von Beträgen, die bei säumigen Schuldnern, bei deren Ausfall Garantiezahlungen aus dem Gemeinschaftshaushalt geleistet wurden, wieder eingezogen werden. Diese Methode ermöglicht in der Praxis eine Auszahlung binnen kürzester Frist, vorausgesetzt, es wurden Mittel in ausreichender Höhe beigetragen.

1.4.2. Bei Garantien zugunsten Dritter:

In diesem Fall übernimmt die Gemeinschaft die Bürgschaft für Darlehen, die von einem Finanzinstitut, z. B. der Europäischen Investitionsbank (EIB), gewährt werden. Stellt die EIB fest, dass der Empfänger eines dergestalt garantierten Darlehens die Rückzahlung nicht fristgerecht vornimmt, so fordert sie unter Berufung auf den Bürgschaftsvertrag die Gemeinschaft auf, anstelle des säumigen Schuldners die ausstehenden Beträge zu erstatten. Die entsprechenden Zahlungen sind binnen drei Monaten nach Eingang des Antrags der EIB zu leisten. Die EIB verwaltet die Darlehen nach Maßgabe der bankenüblichen Sorgfaltspflicht; sie ist gehalten, nach Einschaltung der Bürgschaft die betreffenden Beträge von den Schuldnern einzufordern.

In der zwischen der Gemeinschaft und der EIB vereinbarten Regelung zur Verwaltung des Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen ist folgendes Verfahren vorgesehen: Bei Feststellung eines Schuldnerausfalls richtet die EIB einen Antrag auf Garantieleistung an die Kommission. Die Kommission ermächtigt die

Bank, innerhalb von drei Monaten die erforderlichen Beträge aus dem Garantiefonds abzurufen.

Sind im Garantiefonds keine ausreichenden Mittel vorhanden, so kommen die Vorschriften für Garantieleistung bei Anleihen/Darlehen zur Anwendung.

Am 20. und 22. Januar 1999 haben die Gemeinschaft und die EIB ein Durchführungsabkommen geschlossen, in dem die Aus- und Rückzahlungsverfahren im Rahmen der Gemeinschaftsgarantien für EIB-Darlehen geregelt werden.

2. ERLÄUTERUNG DER METHODIK FÜR DIE ERMITTLUNG DER VORAUSSICHTLICHEN DARLEHENS-KAPAZITÄT DER GEMEINSCHAFT ZUGUNSTEN VON DRITTLÄNDERN IM ZEITRAUM 1999-2001 - IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM GARANTIEFONDSMECHANISMUS (TABELLE 4)

2.1. Reserve für Darlehensgarantien zugunsten von Drittländern

Durch die Interinstitutionelle Vereinbarung vom 29. Oktober 1993 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahren wird gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Edinburgh die Einsetzung einer Reserve im Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften zur Sicherung von Darlehen an Drittländer verfügt. Diese Reserve dient zur Finanzierung der Deckungsmittel des Garantiefonds und gegebenenfalls zur Deckung der über die verfügbaren Fondsmittel hinausgehenden Garantieleistungen, deren Verbuchung im Haushaltsplan damit ermöglicht wird.

Der Betrag der Garantiereserve entspricht dem in der Finanziellen Vorausschau (2000-2006) festgelegten Wert, d. h. 200 Mio. € zu Preisen von 1999. Damit belief sich der Reservebetrag für das Haushaltsjahr 2000 auf 203 Mio. €; für das Haushaltsjahr 2001 beträgt er 208 Mio. €.

Die Bedingungen für die Einsetzung, Inanspruchnahme und Finanzierung dieser Garantiereserve sind in den folgenden Vorschriften geregelt:

- Beschluss 94/729/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 über die Haushaltsdisziplin;
- Verordnung (EGKS, EG, Euratom) Nr. 2730/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Änderung der Haushaltsordnung vom 21. Dezember 1977 für den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Gemeinschaften;
- Beschluss 94/728/EG des Rates vom 31. Oktober 1994 über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften.

2.2. Berechnungsgrundlagen für die Einzahlungen in den Garantiefonds

Die Höhe der Einzahlungen in den Garantiefonds berechnet sich durch Anwendung der jeweiligen Deckungssätze, also 65 %, 70 %, 75 % oder 100 %:

- auf die Garantiebeträge für die vom Rat genehmigten Darlehen und die von der Kommission vorgeschlagenen oder bei deren Dienststellen in Vorbereitung befindlichen Darlehensbeschlüsse nach Maßgabe der in den Finanzbogen

genannten, voraussichtlich zur Auszahlung anstehenden Beträge (EIB- und Euratom-Darlehen);

- auf die Beträge der vom Rat genehmigten Darlehen und der von der Kommission vorgeschlagenen oder bei deren Dienststellen in Vorbereitung befindlichen Darlehensbeschlüsse (Finanzhilfen).

Der Anhang zur Verordnung (EG, Euratom) Nr. 2728/94 des Rates vom 31. Oktober 1994 zur Einrichtung eines Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen, in dem die Modalitäten der Einzahlung in den Fonds geregelt werden, verfügt, dass bei innerhalb eines vorgegebenen Mechanismus vorgenommenen Anleihe-/Darlehenstransaktionen oder Garantietransaktionen zugunsten von Finanzinstituten, die sich über mehrere Jahre erstrecken und eine mikroökonomische oder strukturelle Zweckbestimmung haben, die Einzahlungen in den Fonds in jährlichen Tranchen vorzunehmen sind, die auf der Grundlage der Jahresbeträge berechnet werden, welche in dem dem Kommissionsvorschlag beigelegten Finanzbogen angegeben und erforderlichenfalls aufgrund des Ratsbeschlusses angepasst worden sind.

Bei sonstigen Anleihe-/Darlehenstransaktionen der Gemeinschaft, wie beispielsweise Darlehen zur Stützung der Zahlungsbilanzen von Drittländern, wird der Betrag der Einzahlungen in den Fonds - unabhängig davon, ob die betreffenden Darlehen in einer oder mehreren Tranchen zur Auszahlung kommen - auf der Grundlage des Gesamtbetrags der vom Rat beschlossenen Transaktion berechnet.

Der Anhang zur Garantiefondsverordnung besagt weiter, dass ab dem zweiten Jahr (bei mehrjährigen Transaktionen) die in den Fonds einzuzahlenden Beträge um die am 31. Dezember des Vorjahres festgestellte Differenz zwischen Schätzungen, die der vorhergehenden Einzahlung zugrunde lagen, und den Beträgen der im Laufe desselben Jahres unterzeichneten und vergebenen Darlehen berichtigt werden. Etwaige Fehlbeträge gegenüber dem Vorjahr sind im Folgejahr einzuzahlen.

Und schließlich heißt es in dem Anhang, dass die Kommission bei Einleitung eines Einzahlungsverfahrens den Stand der Ausführung der Transaktionen, für die bereits Einzahlungen erfolgt sind, zu überprüfen hat; in Fällen, in denen die ursprünglichen Verpflichtungsfristen nicht eingehalten wurden, schlägt sie vor, dies bei der Berechnung der ersten Einzahlung zu berücksichtigen, die zu Beginn des folgenden Haushaltsjahres für bereits laufende Transaktionen zu leisten ist.

So hat die Haushaltsbehörde im Laufe des zweiten Halbjahrs 2001 vier Mittelübertragungen genehmigt:

- Mittelübertragung Nr. 10/2001 in Höhe von 169 151 000 €: Diese vom Beginn des Haushaltsjahres datierende erste Mittelübertragung deckt die Einzahlungen in den Fonds ab, die aufgrund der Beschlüsse des Rates vom 24. Januar 1994, 19. Mai 1998 und 22. Dezember 1999 gemäß den Modalitäten im Anhang der Verordnung zur Einrichtung des Fonds zu leisten waren.
- Mittelübertragung Nr. 24/2001 in Höhe von 20 250 000 €: Diese zweite Mittelübertragung deckt die Einzahlungen in den Garantiefonds aufgrund der vom Rat am 16. Juli 2001 beschlossenen Darlehenstransaktionen ab.

- Mittelübertragung Nr. 49/2001 in Höhe von 8 775 000 €: Diese dritte Mittelübertragung deckt die Einzahlungen in den Garantiefonds aufgrund der vom Rat am 6. Dezember 2001 beschlossenen Darlehenstransaktionen ab.
- Mittelübertragung Nr. 48/2001 in Höhe von 9 000 000 €: Diese vierte Mittelübertragung deckt die Einzahlungen in den Garantiefonds aufgrund der vom Rat am 6. November 2001 beschlossenen Darlehenstransaktionen ab.

2.3. Einzahlungsquote bei Teilgarantien

Bei EIB-Darlehen, für die eine 75%ige Globalgarantie gewährt wird, erfolgen die Einzahlungen in den Garantiefonds auf der Grundlage von 75 % des Gesamtbetrags der genehmigten Transaktionen.

Für die durch die Ratsbeschlüsse vom 14. April 1997, 19. Mai 1998 und 14. Dezember 1998 genehmigten EIB-Darlehen wird eine auf 70 % des Gesamtdarlehensbetrags begrenzte Garantie gewährt. Die Einzahlungsgrundlage wird auf 70 % der voraussichtlich im Laufe des Jahres zu unterzeichnenden Darlehen festgesetzt.

Für die durch die Ratsbeschlüsse vom 29. November 1999 und 22. Dezember 1999 genehmigten EIB-Darlehen wird eine auf 65 % des Gesamtdarlehensbetrags begrenzte Garantie gewährt. Die Einzahlungsgrundlage wird auf 65 % der voraussichtlich im Laufe des Jahres zu unterzeichnenden Darlehen festgesetzt.

2.4. Einzahlungen in den Garantiefonds

Die in den Garantiefonds einzuzahlenden Beträge werden ermittelt durch Anwendung einer Einzahlungsquote von 14 % auf die vorstehend definierten Bemessungsgrundlagen.

In den Artikeln 2 und 4 der Garantiefondsverordnung heißt es, dass der Fonds sich bis zum Erreichen des Zielbetrags durch Übertragungen aus dem Gesamthaushaltsplan in Höhe von 14 % des Kapitalbetrags der Transaktionen finanziert. Da dieser Zielbetrag zum 31.12.1997 erreicht war, hat die Kommission entsprechende Vorschläge für die in der Verordnung vorgesehene Überprüfung der Einzahlungsquote ausgearbeitet. Diese Vorschläge wurden im Rahmen des Berichts über das Funktionieren des Garantiefonds, den die Kommission gemäß Artikel 3 der Fondsverordnung erstellt hat (KOM(98) 168 endg. vom 18.3.1998), unterbreitet. Mit Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1149/1999 des Rates vom 25. Mai 1999 wurde die Verordnung Nr. 2728/94 über einen Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen geändert. Danach werden die Einzahlungsquote und der Zielbetrag für den Fonds ab dem 1. Januar 2000 auf 9 % festgesetzt.

2.5. Verfügbarer Spielraum bei der Garantiereserve

Der bei der Garantiereserve verbleibende Spielraum entspricht der Differenz zwischen der Dotierung der Reserve und dem in den Garantiefonds eingezahlten Mittelbetrag.

2.6. Verbleibende Darlehenskapazität

Hierbei handelt es sich um den bei der Reserve verbleibenden Restbetrag, der - unter Einhaltung der vorgeschriebenen Deckungssätze - noch als Darlehen vergeben werden kann.

3. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN LÄNDERRISIKO-INDIKATOREN (+TABELLEN)

Wiederholt vorkommende Anmerkungen

- (1) Betrifft ausschließlich EG- und EIB-Darlehen (ausgezahlte und nicht zurückgezahlte Mittel) an MOEL, NUS und Mittelmeerländer.
- (2) Je höher die Rangnummer, desto niedriger die Kreditwürdigkeit des Landes. Im März 1998 wurde von Euromoney keine Bewertung veröffentlicht.
- (3) Die Länder werden anhand einer von null bis 100 reichenden Skala bewertet; 100 bezeichnet die geringste Möglichkeit eines Zahlungsausfalls. Ein gegebenes Land kann seine Bewertung verbessern und trotzdem in der Rangordnung zurückfallen, wenn sich nämlich die durchschnittliche Gesamtbewertung für alle bewerteten Länder verbessert.

In den Tabellen benutzte Abkürzungen

S&P Standard and Poor's

CCFF= Compensatory and Contingency Financing Facility - Fazilität zur Kompensierung von Exporterlösausfällen und unerwarteten externen Störungen

EFF= Extended Financing Facility - Erweiterte Fondsfazilität

SBA = Stand-By Arrangement - Beistandskreditvereinbarung

STF= Systemic Transformation Facility - Systemübergangsfazilität

S.= Schätzungen

k.A. = keine Angaben

vorl.= vorläufig

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Bosnien & Herzegowina (4)					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		10,0	5,0	5,5
Industrieproduktion	(Veränderung in %)				
Föderation			11,0	12,0	11,0
Serbische Republik			2,0	6,0	-13,0
Arbeitslosigkeit (Periodenende) (5)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		40,0	40,1	40,0
Föderation			k. A.	k. A.	k. A.
Serbische Republik			k. A.	k. A.	k. A.
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex (Dez./Dez.))	(Veränderung in %)				
Föderation (auf KM-Basis)			-1,0	2,0	2,3
Serbische Republik (Index auf DEM-Basis) (6)			14,0	15,0	8,9
Wechselkurs (Periodenende)	KM je DEM		1,0	1,0	1,0
	YUM je DEM (7)		6,3	3,3	k. A.
	HRK je DEM		3,9	3,9	k. A.
	KM je EUR		2,0	2,0	2,0
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP der Entität)				
Föderation			-1,3	-2,8	k. A.
Serbische Republik			-5,1	-3,8	k. A.
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		649,0	732,0	877,0
Leistungsbilanzsaldo (8)	(% des BIP)		-23,2	-22,2	20,8
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		90,0	150,0	164,0
Amthliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			456,0	499,0	526,0
in Gütereinfuhrmonaten			2,2	2,5	2,5
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		3095,0	2584,0	2652,0
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		62,9	100,0	173,6
Tilgung	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	68,3
Zinsen	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	105,3
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		68,2	59,4	55,7
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		319,0	276,0	302,4
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		8,0	12,0	19,8
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		k. A.	0,0	0,0
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung		(10)	20,0	946,0	0,0
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	0,1	0,1	0,2
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		0,3	0,4	0,8
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		1,6	1,3	2,4
IWF-Vereinbarungen					
Art			SBA	SBA	SBA
(Laufzeit)			(5/98-5/01)	(5/98-5/01)	(5/98-5/01)
Tatsächlich umgesetzt			ja	ja	ja
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney					
Rangnummer		(2)	keine/r	09/00	03/01 09/01
(Anzahl von Ländern)				178	124 161
The Institutional Investor				(185)	(185) (185)
Rangnummer		(2)	keine/r	keine/r	keine/r
(Anzahl von Ländern)					
Bewertung von Krediten		(3)	keine/r	keine/r	keine/r

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

(4) Die Daten beziehen sich, wenn nichts anderes angegeben ist, auf das gesamte Land.

(5) Schätzungen der Weltbank, bereinigte Arbeitslosenzahlen. Die offiziellen Zahlen sind höher, da eine allgemeine Tendenz zur Überzeichnung besteht.

(6) Gemessen in DEM unter Verwendung des Wechselkurses für den Dinar der Bundesrepublik Jugoslawien (YUM) am Parallelmarkt der Serbischen Republik.

(7) Wechselkurs YUM/DEM am Parallelmarkt im Belgrader Raum nach Angaben der Nationalbank der Bundesrepublik Jugoslawien.

(8) Ohne offizielle Übertragungen.

(9) Ausländische Guthaben der Währungsbehörden ohne zweckgebundene Mittel und gesperrte Konten; einschließlich Devisenbestände der Zahlungsbüros.

(10) Pariser Club 1998.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Bulgarien					
		Anmerk.	1999	2000	2001 geschätzt
Wachstum des realen BIP	(%)		2,4	5,8	4,7
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		-5,0	15,3	9,0
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		17,0	16,4	16,7
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		7,0	11,4	5,2
Wechselkurs (Periodenende)	(Lew je USD)		1,84	2,12	2,22
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		0,2	-1,1	-0,9
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		5740	6981	7524
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-5,3	-5,9	-6,4
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		739	865	651
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)			3222	3273	3579
in Mio. USD			6,4	5,1	4,8
in Gütereinfuhrmonaten					
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		9980	10071	10025
(Periodenende)					
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		975	1101	1364
Tilgung	(in Mio. USD)		495	546	870
Zinsen	(in Mio. USD)		480	555	494
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		82,3	86,5	75,9
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		174,0	144,3	131,4
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		17,0	15,7	19,5
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		keine/r	keine/r	keine/r
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			keine/r	keine/r	keine/r
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	6,0	6,1	5,2
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		6,7	6,6	5,9
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		11,7	9,5	7,9
IWF-Vereinbarungen					
Art			EFF	EFF	SBA
(Laufzeit)			(06/98-06/01)	(06/98-06/01)	abgeschlossen
Tatsächlich umgesetzt			ja	ja	im Februar 2002
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			B2	B2	B1
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			B	B+	BB-
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	87 89	84 80	76 74
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	80 79	76 74	74 70
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten		(3)	28.6 30.3	32.5 37.1	35 36.6

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Bundesrepublik Jugoslawien					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		-15,7	5,0	5,5
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		-22,5	10,9	0,0
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		26,5	27,3	27,8
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)			113,0	40,0
Wechselkurs (Periodenende)	(YUM je DEM)		6,0	30,0	30,0
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		...	-0,2	-2,4
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		1676	1923	1998
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-7,5	-7,6	-10,2
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		112	25	120
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			289	516	1012
in Gütereinfuhrmonaten			0,9	1,3	2,3
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		k. A.	11304	11980
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		101,0	56,0	59,0
Tilgung	(in Mio. USD)		17,0	14,0	11,0
Zinsen	(in Mio. USD)		84,0	42,0	48,0
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		k. A.	140,0	k. A.
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		k. A.	443,0	441,0
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		k. A.	k. A.	k. A.
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		k. A.	9667,0	k. A.
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			k. A.	k. A.	ja
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	2,9	2,6	2,2
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		k. A.	k. A.	2,1
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		17,0	13,2	12,4
IWF-Vereinbarungen					
Art					SBA
(Laufzeit)					6/01-05/02
Tatsächlich umgesetzt			ja	ja	ja
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	171 174	175 180	178 178
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	129 130	141 134	141 131
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten		(3)	8.9 8.2	10.7 12.7	10.7 12.2

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellentils.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		2,7	5,1	-4,6
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		-2,5	3,5	k. A.
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		32,4	32,2	29,5
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		-0,7	5,8	5,3
Wechselkurs (Periodenende)	(Denar je USD)		60,3	65,3	60,9
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		0,0	2,5	-6,7
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		1190	1319	1158
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)	(4)	-3,3	-3,4	-10,6
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		38	175	434
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)			460	710	779
in Mio. USD			3,0	3,8	4,9
in Gütereinfuhrmonaten					
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		1490	1490	1350
(Periodenende)					
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		160,0	199,9	264,4
Tilgung	(in Mio. USD)		k. A.	119,6	186,9
Zinsen	(in Mio. USD)		k. A.	80,3	77,5
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		42,1	43,6	39,0
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		125,2	109,0	117,0
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)	(5)	13,4	15,2	22,8
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		keine/r	keine/r	keine/r
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung	(in Mio. USD)		22	20	keine/r
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	0,7	1,0	1,1
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		5,6	7,0	9,6
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		7,0	7,9	11,2
IWF-Vereinbarungen					
Art			ESAF	EFF/PRGF	EFF/PRGF bis
(Laufzeit)			(04/97-04/00)	(12/00-12/03)	Frühjahr 2001
Tatsächlich umgesetzt			nein	nein	Einigung über SMP
					24.12.2001
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euro money			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		146 160	120 100	104 150
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor					
Rangnummer	(2)		keine/r	keine/r	keine/r
(Anzahl von Ländern)					
Bewertung von Krediten	(3)		keine/r	keine/r	keine/r

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

(4) Das Leistungsbilanzdefizit könnte infolge nicht gemeldeter Überweisungen überzeichnet sein.

(5) Schuldendienst ohne IWF; einschließlich geschätzter Schuldendienstzahlungen an kommerzielle Gläubiger.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Litauen					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		-3,9	3,9	5,7
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		-11,2	7,0	16,8
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		10,0	12,6	12,5
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		0,3	1,4	2,0
Wechselkurs (Periodenende)	(Litas je USD)		4,0	4,0	4,0
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		-7,8	-2,8	
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		4238	5109	4845
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-11,2	-6,0	-3,3
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		478	375	436
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			1242	1359	1669
in Gütereinfuhrmonaten			2,8	2,8	3,0
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		4528,4	4856,6	5209,5
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	
Tilgung	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	
Zinsen	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		42,5	42,9	43,6
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		106,8	95,1	86,0
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		20,0	20,9	27,6
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		keine/r	keine/r	
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			keine/r	keine/r	
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	1,8	1,5	1,5
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		4,3	3,5	3,4
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		4,6	3,3	3,6
IWF-Vereinbarungen					
Art			-	SBA	SBA
(Laufzeit)			-	(3/00-6/01)	(9/01-4/03)
Tatsächlich umgesetzt			-	ja	
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			Ba1	Ba1	Ba1
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			BBB-	BBB-	BBB-
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		63 65	61 69	67 66
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		69 66	66 69	62 60
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten	(3)		36.1 38.3	40.8 43.7	44 45.5

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

Länderrisiko-Indikatoren						
Land: Rumänien						
		Anmerk.	1999	2000	2001	Letzte Ang.
Wachstum des realen BIP	(%)		-2,3	1,6	5,1	Jan-Sep
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		-2,2	8,2	8,4	Jan-Nov
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)	(4)	6,8	7,1	7,7	Jan-Mär
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		54,8	40,7	30,3	
Wechselkurs (Periodenende)	(Leu je USD)		18255	25926	31597	
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)	(5)	-3,8	-4,0	-2,8	Jan-Nov
Zahlungsbilanz						
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		9854	12133	11157	Jan-Okt
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-4,1	-3,7	-5,0	Jan-Nov
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		1025	1038	867	Jan-Okt
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)						
in Mio. USD			1526	2470	3926	
in Gütereinfuhrmonaten			1,6	2,1	2,6	Okt
Auslandsschulden						
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		9138	10475	11450	Okt
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)	(6)	3415	1953	2147	Jan-Nov
Tilgung	(in Mio. USD)		2948	k. A.	k. A.	
Zinsen	(in Mio. USD)		467	k. A.	k. A.	
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		26,1	28,5	30,2	Okt
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		92,7	86,3	85,7	Okt
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)	(6)	34,6	16,1	17,4	Jan-Okt
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		keine/r	keine/r	keine/r	
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			keine/r	keine/r	keine/r	
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite						
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	6,2	7,1	8,8	
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		7,5	7,4	8,7	
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		6,9	6,4	9,0	
IWF-Vereinbarungen						
Art			SBA	SBA	SBA	
(Laufzeit)			(8/99-3/00)	(8/99-2/01)	(9/01-3/03)	
Tatsächlich umgesetzt			nein	nein	(6)	
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte						
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			B3	B3	B2	
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			B-	B	B	
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01	
Rangnummer	(2)		89 95	107 103	83 82	
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)	
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01	
Rangnummer	(2)		76 85	92 85	89 85	
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)	
Bewertung von Krediten	(3)		31.2 28.7	27.5 30.3	28.3 29.1	

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

(4) IAA-Methodik.

(5) Angabe für 1999 geschätzt.

(6) Angabe für 2000 bezieht sich ausschließlich auf mittel- und langfristige Verbindlichkeiten.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Armenien					
Wachstum des realen BIP	(%)	Anmerk.	1999	2000	2001
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		3,3	6,0	9,5
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		5,2	6,4	3,8
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		11,1	11,7	11,1
Wechselkurs (Periodenende)	(Dram je USD)		2,0	0,4	2,9
			524	552	560
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		-5,2	-4,9	-4,8
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		247	307	339
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-16,6	-14,5	-11,0
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		123	160	k. A.
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			331	330	330
in Gütereinfuhrmonaten			3,7	3,5	3,5
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		855	854	850
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		61,3	65,8	k. A.
Tilgung	(in Mio. USD)		42,2	47,3	k. A.
Zinsen	(in Mio. USD)		19,0	18,5	k. A.
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		46,3	44,6	41,0
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		346,2	278,2	250,0
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		24,8	21,4	k. A.
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			k. A.	k. A.	k. A.
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	0,2	0,2	0,1
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		2,9	2,5	1,7
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		9,9	6,9	4,2
IWF-Vereinbarungen					
Art			ESAF		PRGF
(Laufzeit)			(12/98-11/99)		(05/01-05/04)
Tatsächlich umgesetzt			ja		ja
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	159 134	144 131	114 116
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor					
Rangnummer		(2)	keine/r	keine/r	keine/r
(Anzahl von Ländern)					
Bewertung von Krediten		(3)	keine/r	keine/r	keine/r

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Belarus					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		3,4	5,9	3,0
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		9,7	8,0	
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		2,0	2,0	2,0
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		251,3	108,0	26,0
Wechselkurs (Periodenende)	(Rubel je USD)		905	1180	1620
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		-2,2	-0,6	-1,8
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		5949	7380	7800
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-1,6	-1,3	1,6
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		150,0	89,9	84,0
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			309,0	357,0	343,0
in Gütereinfuhrmonaten			0,6	0,5	0,5
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		1900	1880	1880
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		195	182	182
Tilgung	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Zinsen	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		15,5	12,5	9,5
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		22,3	17,2	12,4
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		2,1	1,5	1,4
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			keine/r	keine/r	keine/r
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	0,3	0,3	0,2
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		1,7	1,5	1,1
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		0,5	0,4	0,3
IWF-Vereinbarungen					
Art			-	-	-
(Laufzeit)					
Tatsächlich umgesetzt					
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		137 135	140 129	131 157
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		122 129	129 129	130 130
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten	(3)		11.9 13.4	12.7 14.4	14 12.5

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Georgien					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		3,0	1,9	4,5
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		4,5	10,8	-1,0
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		4,8	5,1	6,4
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		10,9	4,6	3,4
Wechselkurs (Periodenende)	(Lari je USD)		1,9	2,0	2,1
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		-6,7	-4,1	-2,0
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		477	521	k. A.
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-8,0	-5,4	k. A.
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		60	152	k. A.
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			132	110	160
in Gütereinfuhrmonaten			1,6	1,1	1,2
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		1700	1623	1700
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		99,3	193,8	k. A.
Tilgung	(in Mio. USD)		49,2	144,4	k. A.
Zinsen	(in Mio. USD)		50,1	49,4	k. A.
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		60,0	54,0	52,0
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		356,4	326,3	k. A.
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		20,8	37,2	k. A.
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			k. A.	k. A.	Pariser Club
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	1,1	0,8	0,7
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		6,9	5,7	4,8
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		24,6	17,7	k. A.
IWF-Vereinbarungen					
Art			ESAF		PRGF
(Laufzeit)			(07/98-06/99)		(01/01-01/04)
Tatsächlich umgesetzt			ja		ja
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		141 150	155 133	150 148
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		126 127	134 108	112 123
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten	(3)		10.9 10.8	11.1 21	18.2 15.4

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Republik Moldau					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		-3,4	1,9	4,8
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		-13,6	6,9	14,2
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		2,0	2,1	1,9
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		39,3	31,3	6,5
Wechselkurs (Periodenende)	(Leu je USD)		11,6	12,4	13,0
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		-3,2	-1,0	-1,8
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		469	597	580
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-3,8	-9,4	-7,0
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		30,5	127,5	127,5
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			199	203	228
in Gütereinfuhrmonaten			3,2	3,4	3,6
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		1465	1530	1515
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		178,0	90,5	110,0
Tilgung	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Zinsen	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		126,5	123,0	121,0
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		312,4	256,3	261,2
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		38,0	15,2	19,0
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		keine/r	keine/r	keine/r
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			keine/r	keine/r	keine/r
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	0,6	0,5	0,4
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		4,4	3,3	2,7
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		13,6	8,5	7,0
IWF-Vereinbarungen					
Art			EFF	-	PRGF
(Laufzeit)			(05/96-05/99)		
Tatsächlich umgesetzt			nein	nein	nein
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			B2	Caa1	Caa1
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	117 127	142 140	134 143
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor				03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer			keine/r	122 125	116 118
(Anzahl von Ländern)				(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten		(3)	keine/r	16 15.8	17.6 16.2

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Tadschikistan					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		3,7	8,3	6,0
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		5,6	10,3	15,0
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		3,0	3,0	2,6
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		31,3	60,6	15,0
Wechselkurs (Periodenende)	(Somoni je USD)		1,4	2,2	2,4
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		-3,1	-0,6	-0,5
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		666	792	660
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		-3,4	-6,4	-7,2
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		21	22	k. A.
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			58	87	96
in Gütereinfuhrmonaten			1,7	2,4	2,2
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		1214	1330	1300
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		22,8	58,7	k. A.
Tilgung	(in Mio. USD)		15,8	43,8	k. A.
Zinsen	(in Mio. USD)		7,0	14,9	k. A.
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		117,0	129,0	116,0
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		182,3	164,1	197,0
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		3,4	7,4	k. A.
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		k. A.	k. A.	k. A.
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			k. A.	k. A.	k. A.
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	0,5	0,5	0,4
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		4,8	3,8	3,5
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		8,8	6,4	6,9
IWF-Vereinbarungen					
Art			ESAF	PRGF	PRGF
(Laufzeit)			(07/98-06/99)	(10/00-09/01)	(10/00-09/01)
Tatsächlich umgesetzt			ja	ja	ja
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		139 142	172 176	165 152
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor				03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		keine/r	128 130	134 135
(Anzahl von Ländern)				(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten	(3)		keine/r	12.9 14.2	12.3 11.9

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Ukraine					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		-0,4	5,8	7,0
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		4,3	12,9	13,0
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		5,4	5,3	4,5
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		19,2	25,8	6,1
Wechselkurs (Periodenende)	(Griwna je USD)		5,2	5,4	5,3
Saldo des Sektors Staat (4)	(% des BIP)		-2,4	-1,5	-1,5
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		16230	17712	19015
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		2,7	4,7	3,0
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		489	587	795
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			1090	1150	2900 (5)
in Gütereinfuhrmonaten			0,8	1,0	1,9 (5)
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		11879	10368	10733
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		1964	2373	1198 (6)
Tilgung	(in Mio. USD)		860	1039	524 (6)
Zinsen	(in Mio. USD)		1104	1334	674 (6)
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		39,0	36,2	28,5
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		73,2	58,5	56,4
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		12,1	13,4	6,3 (6)
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		keine/r	ja	ja
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung			ja	ja	ja
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	3,3	2,9	2,5
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		3,1	3,1	2,7
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		2,3	1,8	1,5
IWF-Vereinbarungen					
Art			EFF	EFF	EFF
(Laufzeit)			(09/98-03/01)	(09/98-03/01)	(09/98-09/02)
Tatsächlich umgesetzt			nein	ja	ja
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			Caa1	Caa1	Caa1
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	B
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		126 129	134 115	122 121
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer	(2)		112 110	113 117	117 113
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten	(3)		17.2 18.7	18.1 17.7	17.2 17.5

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.

(4) Bei einer Verbuchung zum Zahlungszeitpunkt und bei einem Ausweis von Privatisierungserlösen als Finanzierungsposten.

(5) Die Angabe bezieht sich auf Ende Oktober 2001.

(6) Schuldendienst nach der im Juli 2001 erfolgten Umschuldung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Pariser Club.

Länderrisiko-Indikatoren					
Land: Algerien					
		Anmerk.	1999	2000	2001
Wachstum des realen BIP	(%)		3.3	2.4	3.0
Industrieproduktion	(Veränderung in %)		4.8	3.1	k.A.
Arbeitslosigkeit (Periodenende)	(in % der Erwerbsbevölkerung)		~30	~30	~30
Inflationsrate (Verbraucherpreisindex) (Dez./Dez.)	(Veränderung in %)		2.6	0.3	3.4
Wechselkurs (Periodenende)	(DZD je USD)		69.3	75.3	77.1
Saldo des Sektors Staat	(% des BIP)		-0.4	9.9	4.0
Zahlungsbilanz					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	(in Mio. USD)		12300	21650	18600
Leistungsbilanzsaldo	(% des BIP)		0.0	16.8	8.6
Nettozufluss ausländischer Direktinvestitionen	(in Mio. USD)		460	420	1970
Amtliche Devisenreserven einschl. Gold (Periodenende)					
in Mio. USD			4400	11900	18036
in Gütereinfuhrmonaten			4.6	12.2	17
Auslandsschulden					
Auslandsschulden in konvertibler Währung (Periodenende)	(in Mio. USD)		28300	25500	22420
Schuldendienst in konvertibler Währung	(in Mio. USD)		5332	4507	4900
Tilgung	(in Mio. USD)		3521	k. A.	3100
Zinsen	(in Mio. USD)		1810	k. A.	1800
Verhältnis Auslandsschulden zu BIP	(%)		59.1	47.9	40.7
Verhältnis Auslandsschulden zu Güterausfuhren	(%)		217.1	113.0	123
Verhältnis Schuldendienst zu Güterausfuhren	(%)		39.6	20.9	26
Zahlungsrückstand (Zinsen und Tilgung)	(in Mio. USD)		keine/r	keine/r	keine/r
Schuldenerlassvereinbarungen und Umschuldung	(in Mio. USD)		keine/r	keine/r	keine/r
Indikatoren für die von der EU vergebenen Kredite					
Verhältnis EU-Kredite zu EU-Krediten insgesamt	(%)	(1)	8,7	10,7	8,8
Verhältnis EU-Kredite zu Auslandsschulden	(%)		3,4	4,6	4,5
Verhältnis EU-Kredite zu Güterausfuhren	(%)		7,8	5,4	5,4
IWF-Vereinbarungen					
Art			CCFF	-	-
(Laufzeit)			(05/1999)		
Tatsächlich umgesetzt			ja		
Indikatoren für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit durch die Märkte					
Langfristige Devisen-Bewertung durch Moody's (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Langfristige Devisen-Bewertung durch S&P (Periodenende)			keine/r	keine/r	keine/r
Euromoney			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	113 117	99 96	85 92
(Anzahl von Ländern)			(180) (180)	(180) (185)	(185) (185)
The Institutional Investor			03/99 09/99	03/00 09/00	03/01 09/01
Rangnummer		(2)	93 93	91 81	80 83
(Anzahl von Ländern)			(136) (136)	(145) (145)	(145) (145)
Bewertung von Krediten		(3)	25.2 26.5	27.7 33.1	31.6 30.6

Anmerkungen

(1) (2) (3) Siehe Erläuterungen am Anfang des Tabellenteils.